

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der dgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierzehntägl. M. 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erstes mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Zusatzpreis werden die gehaltenen Zeitungen mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Überholung wird Rabatt gewährt. Sonntagszeitungen 25 Pf. Interesse müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr nach in der Expedition abgegeben sein und sind im vorraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 82.

Dresden, Freitag den 11. April 1913.

24. Jahrg.

General Biebert will das Berliner Tagblatt, das ihm Beteiligung an faulen Gründungen vorgeworfen hat,

Die Berliner Banarbeiter lehnen den bei den örtlichen Tarifverhandlungen gefälschten Schiedsspruch ab.

In dem Berliner Spielerprozeß wurde Stollmann zu einem Jahr und Kramer zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Niemals wurde freigesprochen.

Der Beginn der von Antivari bis zur Drinmündung reichen Friedlichen Blockade wurde dem Gouverneur von Antivari gestern notifiziert.

Ein Schiff der internationalen Flotte hat in den Gewässern von Antivari die Yacht des Königs Nikolaus getroffen.

Die russische Regierung hat eine Note über die Haltung Russlands in der Skutaristrage veröffentlicht.

Auf dem Wege zum Steuerkompromiß.

Wenn der Abgeordnete Dr. Baasche in der gestrigen Sitzung des Reichstages, in der die Dedungsvorlagen in erster Lesung beraten wurden, die Anschauungen seiner Fraktion wiedergegeben haben sollte, wäre ein Steuerkompromiß der Nationalliberalen mit dem Zentrum und den Konservativen zu erwarten, das nur darin bestehen könnte, daß die Nationalliberalen auf die Reichsverbaft- oder Reichsvermögenssteuer verzichten und alles das beschließen, was die Konservativen und das Zentrum wollen! Von Verhalten der Nationalliberalen hängt diesmal die Gestaltung der Steuergesetz ab, ob sie mit der Rechten oder der Linken gehen. Herr Bassemann hat zwar vor wenigen Tagen noch, in Hannover, unter dem Beifall seiner Parteigenossen angekündigt, die Nationalliberalen würden auf eine Reichsverbaft- oder Reichsvermögenssteuer unter allen Umständen bestehen. Aber gestern erklärte nun der Redner der nationalliberalen Fraktion, Dr. Baasche, die Nationalliberalen würden sich nicht auf eine Form der Besteuer verstellen und eine "Verständigung" suchen. Das kann nichts anderes bedeuten, als daß die Nationalliberalen sich dem Willen des Zentrums und der Konservativen unterordnen wollen, zumal direkt vor Baasche der Zentrumsprediger Dr. Speck im Namen seiner Fraktion eine Erbansallsteuer abgelehnt und außerdem betont hatte: das Zentrum werde die Militärvorlage nicht annehmen, wenn die Ladung von einer andern Mehrheit beschlossen werden sollte als von derjenigen, die auch die Rüstungsvorlagen anzunehmen gewillt sei. Es heißt allerdings nun, die Mehrheit der nationalliberalen Fraktion sei mit der Rede Baasches nicht einverstanden und halte an dem fest, was Bassemann in Hannover angekündigt hat. Aber auf die Nationalliberalen ist nie ein Verlust gekommen, und so wird man sie auch jetzt wieder mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß die Nationalliberalen ins schwarzblaue Lager abschwören werden.

Die Geschichte der Finanzreform ist die Geschichte gebrochenen Versprechens. Könnte mit Recht unser Genosse Dr. Südfeldum sagen, der gestern die Debatte über die Dedungsvorlagen einleitete, nachdem Staatssekretär Kühn seine Begründung bereits am Mittwoch vorgetragen hatte. Und Südfeldum stellte unter dem Beifall der Linken fest, daß die Regierungsvorlagen keine Erfüllung der Verpflichtung des Bundesstaates bringen, der nach dem Beschluss des Reichstages, dem der Bundesrat auch zugestimmt hat, bis spätestens 30. April 1913 eine Besteuerungsvorlage einbringen sollte. Der Reichstag habe nur direkte Reichssteuern im Auge gehabt: Erbansallsteuer oder Vermögenssteuer. Der Wehrbeitrag soll nun eine Art Loslaufgeld von der Besteuer sein. Auf diesen Vorschlag einer einmaligen Vermögensabgabe bilde sich die Regierung etwas ganz Besonderes ein. Während erst gelagt wurde, der Plan sei von einer hohen Stelle aus gegangen, habe nun der Staatssekretär Kühn die Befürchtung für sich reklamiert. Aber Südfeldum stellte dann unter großer Heiterkeit des Hauses nach den stenographischen Berichten fest, daß unser Genosse Dr. David diesen Vorschlag schon vor 6 Jahren im Reichstage gemacht habe mit der Begründung, wenn die Bestehenden für die Kosten der Militärkosten aufkommen müßten, dann würde ihre Verpflichtung für neue Militärvorlagen schon vergehen. Damals wurde freilich der Vorschlag als frivol und phantastisch bezeichnet. Nun hat sich der Bundesrat als ein gelehriger Schüler der Sozialdemokratie entpuppt. Südfeldum zeigte aber auch, daß der Wehrbeitrag, so wie er vorgeschlagen werde, eine Schonung der Großen bedeute und gering sei im Verhältnis zu der Willkür, die das arbeitende Volk allein an Steuern auf Prost jährlich aufzubringen und schwierig tragen muß, während jetzt ein großes Getöse über das "Opfer" gemacht werde, das die Bestehenden zu bringen hätten. Eine Ladung der dauernden Ausgaben durch eine direkte Besteuer brächte die Regierungsvorlagen überhaupt nicht. Aber wann die Mehrheit des Reichstages, die sich wiederholt für eine Reichsverbaft- oder Reichsvermögenssteuer erklärt habe, auf ihrem Standpunkt bestünde, könnte jetzt Großes. Könnte eine gerechte Steuer endlich geschaffen werden.

Wie wenig Aussicht vorhanden ist, das zu erreichen, zeigten die Ausführungen der folgenden Redner. Herr Speck dem Zentrum hat zwar "schwarze Bedenken" gegen alle Vor-

schläge der Regierung erhoben. Die Summen, die gefordert werden, übertreffen auch alles bisher Dagewesene. Aber das Zentrum werde die Vorlagen einer "gründlichen Prüfung" unterziehen und "grundlegend bewilligen, was gerecht ist".

Aber das steht er ausdrücklich fest: "Wir verlangen, daß die Gestaltung der Dedungfrage von der gleichen Mehrheit vorgenommen werden muß wie die Militärvorlage. Wir sind nicht geneigt, die Rüstungsvorlagen zu bewilligen, die Dedung aber einer anderen Mehrheit zu überlassen. Und wir bestehen darauf, daß die Militärvorlage nicht verabschiedet wird, bis die Dedung bewilligt wird." Das Zentrum will also die Steuern beschließen lassen, bevor die Militärvorlage angenommen wird. Und es will gegen die von ihm als zur Rettung undVerteidigung des Vaterlandes für dringend notwendig bezeichneten Rüstungsvorlagen stimmen, wenn die Reichstagsmehrheit eine Erbansall- oder Reichsvermögenssteuer beschließen sollte! Das nur das und nichts anderes gemeint war, bestätigte der Zentrumsprediger in seinen weiteren Ausführungen, in denen er u. a. sagte, mit dem Wehrbeitrag und dem Erbrecht des Staates betrete man den bedeutsamen Weg, den man mit der Erbansallsteuer eingeschlagen hat; die Vorlage der Regierung stehe auf dem Boden der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik. Schon die einmalige Abgabe von 1/2 Proz. des Vermögens ist in den Augen des Zentrums eine Vermögenskonfiszation! Nur mit schweren Bedenken" will es dem Gedanken einer einmaligen Vermögensabgabe von 1/2 Proz. näher treten. Und schon in den Entwürfen über die Dedung der laufenden Ausgaben sieht das Zentrum eine Vereinfachung der Finanzarbeit der Bundesstaaten, an der es nicht rütteln wolle. Man kann dann doch vorstellen, wie weit das Zentrum erst eine Reichsverbaft- oder Reichsvermögenssteuer von sich weisen wird.

Eine Mehrheit für die Reichsverbaft- oder Reichsvermögenssteuer wäre indes im Reichstage trocken vorhanden. Aber nach der Rede von Dr. Baasche kann man mit dem Umfall von wenigstens einem Teil der Nationalliberalen rechnen. Die Nationalliberalen seien der Meinung, sagte der nationalliberale Fraktionsredner, eine Reichsvermögenssteuer wäre das beste. "Wir" — die Nationalliberalen — wären auch bereit, eine Erbansallsteuer anzunehmen. "Aber uns liegt daran, eine Verständigung zu finden, auch der andere Weg ist uns lieb."

Der "andere Weg" kann nur der sein, der ins Lager der Rechten führt. Die von der Regierung vorgelegte Rüstungsvorlage erregte "Bedenken" auch bei Baasche, wie bei Speck und dem konservativen Redner Graf Westarp, der zuletzt sprach. Aber die "Bedenken" der schwarzblauen Parteien bestehen darin, daß ihnen diese winzige Veranerkennung des Besitzes schon zu weit geht. Und wenn die Nationalliberalen die von Dr. Baasche angekündigte "Verständigung" mit der Rechten wirklich suchen sollten, dann ist mit Sicherheit zu erwarten, daß wieder eine miserabile Steuergesetzmacherei austand kommt. Qui vivat, vorta!

Die Berner Verständigungskonferenz.

Wie wir bereits mitteilten, beruft ein Komitee, bestehend aus schweizerischen, deutschen und französischen Parlamentariern, unter Mitwirkung des internationalen Friedensbüros, Mitglieder des französischen Parlaments und des Deutschen Reichstages zu einer Konferenz in Bern am 20. April zusammen, um Mittel zu suchen, dem Weltfrieden beider Staaten zu dienen und auf eine Vertagung der Annahme der Wehrvorlagen hinzuwirken. Das Einladungsschreiben hat folgenden Wortlaut:

Unsere Nachbarländer Deutschland und Frankreich sind im Begriff durch verstärkte Einstellung von Rekruten und durch Verlängerung der Dienstzeit ihre stechernde Heere bedeutend zu vergrößern. Es liegt den Untergesetzten eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser uns befreundeten Nationen durchaus, aber sie beobachten die Entwicklung der Rüstungen mit besonderem Interesse, weil unser Land durch zahllose wirtschaftliche und kulturelle Bande mit den beiden Völkern verknüpft ist, und sie leiten daraus das moralische Recht ab, ihre Dienste in wohlmeynender Weise anzubieten. Nicht sowohl der Inhalt als der Zeitpunkt der Einbringung der deutschen und der französischen Wehrvorlagen ist geeignet, Beunruhigung herorzurufen und selbst den europäischen Frieden zu gefährden.

Alle jene Völkervertreter, die sich dieser Erkenntnis nicht verstellen, werden es als wichtigstes und erreichbares Ziel betrachten, eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich über die Rüstungsvorlagen herbeizuführen. Um den Mitgliedern der beiden Parlamente, die in dieser Auffassung mit uns einig gehen, Gelegenheit zu gegenwärtiger Ausprache auf neutralem Boden zu geben, und um einen Weg zu dem Ziel der Annahme neutralen Deutschlands und Frankreichs zu finden, erlassen die untergesetzten verschiedenen Vertretungen angehörenden Mitglieder des schweizerischen Nationalrates die Einladung zu einer deutsch-französischen Verständigungskonferenz auf Sonntag den 20. April nach Bern. Die Teilnehmerliste sowie alle nötigen Mitteilungen über Organisation der Konferenz werden folgen.

Eveque (franz.), Dr. Gobat (franz.), Grenier (franz.), Grimm (franz.), Leyler (franz.), Lutat (franz.), Dr. Michel (franz.), Rispal (franz.), L. Scherer, Müller (Deutsch.), Dr. Seiter (franz.), Jean Gasp (franz.), Siegel (franz.), Dr. Weber (Deutsch.).

Wie wir hören, hat auch eine Anzahl bürgerlicher Abgeordneter in Frankreich wie in Deutschland ihre Teilnahme an der Konferenz zugesagt.

Die Blockade der montenegrinischen Küste

Ist seit gestern morgen erklärt. Der Kommandierende der internationalen Flotte in den Gewässern von Antivari, Viceadmiral Burnside, hat dem Gouverneur von Antivari gestern mitgeteilt, daß von 8 Uhr freilich an die friedliche Blockade von Antivari bis zur Drinmündung beginne. Wie der Ritter meldet, wurde dem König Nikolaus von Petersburg aus brieflich der Rat erteilt, sich den Forderungen Europas zu unterwerfen. Man darf annehmen, daß sich Nikolaus nicht mehr lange spreizt, nachdem ihm die Nächte zur Entschädigung für Skutaric ein Trinkgeld von 20 Millionen angeboten haben und nachdem vor allem Jugland von den Söhnen der schwarzen Berge abgerückt ist. Dies wird sehr deutlich durch ein Communiqué, das jetzt in Petersburg vom Ministerium des Auswärtigen veröffentlicht wurde. Es heißt darin über das Verhältnis zwischen

Rugland und Montenegro:

Im Verlaufe langer und hartnäckiger Verhandlungen und gegen seitiger Zugeständnisse von beiden Seiten glaubte Jugland, die Union von Skutaric durch Albanien zu gestalten zu müssen, ein Zugeständnis an die Aufrechterhaltung des Staates, dessen Geschichtung aus diesem Anlaß nicht abdrückbar scheinen mößte. König Nikolaus hat die Verpflichtung, die er übernommen hatte, Jugland vom Beginne des Krieges vorher zu benachrichtigen und seine Zustimmung einzuholen, nicht erfüllt. Trotzdem ließ ihm der Kaiser von Jugland großmütig seine Hilfe, indem er der montenegrinischen Bevölkerung Hilfsmittel und Beistand zusagte. Als die Frage von Skutaric gelöst war, wurde der König freundlich, doch davon in Kenntnis gesetzt, wenn er weiterhin Widerstand entgegensezte. Dann wurde ihm der Rat erteilt, sich den Wehrschuldungen persönliche Geschäftspunkte zu verfolgen, zu entziehen. Als diese Schritte bei König Nikolaus erfollos blieben, wurde es klar, daß er mit der Einmischung Juglands und der Serbien sowie mit einem europäischen Kreis rechnete. Die russische Regierung konnte also nicht dagegen sein, daß Maheyegn ergriffen wurden, die sich nach der Regelung König Nikolaus' als notwendig erwiesen. Die kaiserliche russische Regierung verzerrt nicht die Hoffnung, daß Montenegro seine hartnäckigen Gemütsbewegungen einstellen wird. In diesem Falle würde Europa Mittel finden, die Lage des montenegrinischen Volkes zu erleichtern, das schwer zu tragen hat an dem durch die Belagerung Skutaris geöffneten Ofen. Die slawische und orthodoxe Großmutter Juglands hat niemals mit Hilfe und Opfern für ihre slawischen Brüder gespart. Diese Iahresfeiern haben aber auch die Blüte, die Rüstungen zu respektieren, mit denen Jugland seinen Wohlstand erzielt, und sich zu erinnern, daß wenn wir Jugland auf ihre Erfolge hin, diese doch nicht hätten erreicht werden können ohne Jugland. Diese Beziehungen Juglands zu den slawischen Völkern schließen jede Feindseligkeit gegenüber anderen Staaten und Völkern aus. Die innere Kraft Juglands hat nicht nötig, von Besorgnissen zu drohungen überzugehen.

Die Großmütter bringen zum Frieden.

Wien, 10. April. Wie die Neue Freie Presse aus diplomatischen Kreisen erfuhr, besteht bei den Großmächten der Willen, trotz der noch vorhandenen Schwierigkeiten den Frieden so bald als möglich zum Abschluß zu bringen. Man glaubt, daß in der für morgen angesetzten Signierung der Botschafter-Konvention die legten der noch strittigen Punkte der Abgrenzung Albaniens erledigt werden dürfen und daß diese Grenze dann den Balkanstaaten ihrem Verlangen gemäß in der Antwort der Großmächte mitgeteilt werden wird.

Sofia, 10. April. Die eingeladenen Vertreter der Großmächte haben bereits Institutionen zwangsweise überzeugung der Antwort der Räte an die verbündeten Balkanstaaten erhalten. Die Übereinkunft dürfte morgen erfolgen.

Vom Kriegsbeginn bis ins Elbosten.

Sofia, 10. April. Am 7. April früh landete eine türkische Infanterieabteilung unter dem Schutz eines Kriegsschiffes südlich vom Dorfe Kostero. Die Bulgaren eröffneten ein heftiges Feuer und brachten den Feind zum Stehen. Gleichzeitig erschien ein aus den bulgarischen Hauptfestungen entsandtes Bataillon. Die Kolonne wurde vernichtet. Nachmittags rückten zwei bulgarische Infanterieabteilungen, von Artillerie unterstützt, gegen das Dorf Kumburgas vor und säuberten das Küstenland.

Deutsches Reich.

Die Angst der Rüstungsbürgertum.

In seiner Rede zu den Wehrvorlagen hatte sich der deutsche Reichskanzler auch mit den Churchill'schen Ausführungen beschäftigt, in denen er für eine Pause, ein "Ferienjahr" im deutsch-englischen Wettkampf eintrat. Bethmann Hollweg bezeichnete den Gedanken als einen großen Fortschritt und erklärte, abwarten zu wollen, ob England mit konkreten Vorschlägen kommen werde. Die Tägliche Rundschau will nun mehr von "besonderser Seite" erfahren haben, daß die englische Regierung tatsächlich die Absicht hat, nach Eng-

enbung des Balkankrieges, entweder noch in diesem Frühjahr oder im Herbst, an die deutsche Regierung mit dem konkreten Vorschlag heranzutreten, das Hauprogramm für das Jahr 1914—1915 ausfallen zu lassen. In englischen Regierungskreisen werde der Gedanke erwogen, Herrn Churchill persönlich nach Berlin zu schicken, um hier den englischen Vorschlag vorzubringen und zu erörtern.

Bei dem rüttungswütigen Charakter der Tägl. Rundschau ist es selbstverständlich, daß das Blatt den englischen Vorschlag zufriedenstellen will, da „England von seinen Plänen nur Vorteile, Deutschland nur Nachteile haben wird“. Wobei das Panzerplattierorgan unter Deutschland die Rüstungsinteressen versteckt, deren Portemonnaies der Churchillsche Gedanke allerdings sehr nachteilig werden könnte, weshalb er dem deutschen Volke doppelt willkommen ist.

Religionunterricht und Erbschaftsteuer.

Bei der Besprechung der Frage, ob in den ländlichen Fortbildungsschulen der Religionsunterricht obligatorisch zu machen sei, ist es in der Gemeindefraktion des preußischen Abgeordnetenhauses am Donnerstag zu einer sehr bemerkenswerten Auseinandersetzung zwischen Konser- vativen und Zentrum gekommen. Der Bericht über die Sitzung, der nach der Abstimmung die Namen verzeichnet, besagt:

Ein Zentrumabgeordneter beantragte die Aufnahme der religiösen Unterricht als obligatorischen Unterrichtsgang. Es erblieb in der Abstimmung des Religionsunterrichts eine Beschränkung des religiösen und spirituellen Lebens. Ein Konserватiver meinte, daß solange der Staat an der religiösen und spirituellen Erziehung teilnehme, an sich auch in den Fortbildungsschulen Religionsunterricht erteilt werden sollte. Aber um die Annahme des Gesetzes nicht zu gefährden, stimme er gegen den Zentrum antrag... Ein Zentrumabgeordneter wies auf die Konsequenz der Konservativen hin, die noch im vorigen Jahre beim Gesetz über die gewerblichen Fortbildungsschulen sich für den Religionsunterricht eingesetzt hatten. Auf Missverständnissen allein kann man kein Gesetz aufbauen. Er sei ein starker Gegner der Erbschaftsteuer. Aber er bewilligte lieber zehn solcher Steuern, ehe er auf den Religionsunterricht verzichte. Von konservativer Seite wurde diese verdeckte Art der Konservativen Partei zusätzliche Unterstützung und bestätigt, daß ein derartiger Vorwurf nicht belebt war.

Aus den ersten Bild hat die Vergleichung der Erbschaftsteuer mit dem Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen keinen Sinn. Aber der Zusammenhang ist klar, wenn man an die Art der Beziehungen zwischen Zentrum und Konservativen denkt. Die Konservativen erwarten von den Konservativen in Preußen unbedingte Heeresfolge in allen Kultursachen, insbesondere in den Angelegenheiten von Kirche und Schule. Dafür sind sie bereit, die wirtschaftspolitischen Ansprüche der Junker im Deutschen Reichstage zu unterstützen. Was der Zentrumsumsturz in der Gemeindereform den Konservativen unter die Nase reiben wollte, war das: halte ihr euch nicht mehr an den Balk gebunden, so müßt ihr damit rechnen, daß auch wir uns zurückziehen. Dazu sind wir instande, auch für die Erbschaftsteuer einzutreten, denn das Zentrum kann in dieser wie in anderen Fragen der Wirtschaftspolitik so und anders, und Herr Erzberger ist jederzeit bereit, wenn es not tut, mit ebenso guten Gründen für die Erbschaftsteuer zu reden, wie er heute gegen sie redet. Das Zentrum ist in diesen Dingen absolut vorurteils- und grundlos.

Und die Junker werden sich diese deutliche Warnung zur Notiz nehmen. Sie denken nicht nur an die Deckung der Heeresvorlage, sondern auch an die kommende Neuordnung des Zolltarifs.

Der empfindliche Reichsverbandsgeneral.

Das Berliner Tageblatt hatte Dienstag abend aus Anlaß der Bemerkungen, die Generalleutnant v. D. Liebert im Reichstag über das Eindringen von „Fremdkörpern“ in das Offizierkorps gemacht hatte, diejenen ein wenig den Text gelesen. Darüber scheint sich v. Liebert beleidigt zu fühlen, denn die ihm nahestehende Post und die Tägl. Rundschau berichten, daß Herr v. Liebert gegen das Tageblatt die Bekleidungslage anstrengen werde.

Das Tageblatt bemerkte dazu, daß es diesem Prozeß mit ganz besonderem Interesse entgegensehe. Zum Schlusß bemerkte das Blatt:

„Die beiden Blätter, die für Herrn v. Liebert einen so unbegrenzten Sympathie hegten, behaupten, wir hätten Herrn v. Liebert „verleumdet“ und wir hätten eine „List von Verhüpfungen“ gegen ihn vorgebracht. Herr v. Liebert selbst wird gewiß recht empfunden — er wird wissen, daß wie die „List“ möglichst eingedrungen haben und schaudern, rücksichtsvoll, düsseldorf gewesen sind. Wie hätten, um nur eines zu erwähnen, auch sagen können, daß Herr Generalleutnant v. Liebert, Erzberger und Mitglied der Reichspartei, am 1. Juni 1912 in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender der Afrikanischen Kompanie zur Herausgabe an zu viel erhaltenen Lantinen verurteilt worden ist, nachdem er sich in der Generalversammlung geweigert hatte, diese Lantinen zurückzustatten. Aber wir haben diesen kleinen Vorfall gar nicht erwähnt, weil wir nicht mehr als nötig eine Persönlichkeit kränken wollten, die einen so heben militärischen Rang bekleidet, das Vertrauen der Reichspartei besitzt und bei allen „patriotischen“ und „nationalen“ Bemühungen eine hervorragende Rolle spielt.“

Nach diesen Ausführungen darf man annehmen, daß der Prozeß ganz interessant werden wird.

Der Lohn fürs Zentrum?

Die Tägl. Rundschau will erfahren haben, daß vom Reichsamt des Innern neuerdings Ermittlungen in der Jesuitenfrage angefangen werden. Die Ermittlungen beziehen sich auf die Zahl und Verfälschung der Jesuiten in den einzelnen Staaten sowie auf die Gesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten in Sachen des Jesuitendoms.

Es ist auffällig, daß die Regierung gerade jetzt Erhebungen über die Jesuitenfrage vornehmen läßt. Sollte den Zentrumsteilen als Lohn für ihre Zustimmung zu den Wehrvorlagen die Aushebung des Jesuitengesetzes zugedacht sein?

Die Fortbildungsschule im Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen.

Mit immer neuen Mitteln suchen die Behörden die Arbeiterorganisationen zu schädigen. Man geht sogar dazu über, in Schulordnungen den Fortbildungsschülern den Zutritt zu den Gewerkschaften zu verbieten. Gänzlichweise unterliegen diese Versuche der gerichtlichen

Nachprüfung und erst in den letzten Tagen hat das Schöffengericht in Schönlanke die Unzulänglichkeit solcher Mittel gegen die Gewerkschaften ausgesprochen.

Der jugendliche Tischler Gustav Gleich hatte eines Tages an einem Vergnügen der Jährlinge des Deutschen Holzarbeiterverbands in Schönlanke teilgenommen, und die Behörde, die hierin eine Übertretung des Ortsstatus für die Pflichtfortbildungsschule Schönlanke und zugleich der dortigen Schulordnung sah, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angeklagten beschäftigte sich das Schöffengericht Schönlanke mit dieser Angelegenheit, und in dieser Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenthal, als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß die Schulordnung ja, stellte ihm auf Grund dieser Tatsachen einen Strafzettel über 3 M. zu.

Auf Einspruch des Angekl

Nach Großbritannien hat Deutschland die wenigsten Wasserkräfte, aber es hat sie bereits am meisten von allen Ländern in Benutzung genommen, weil es eben nach England das industriell höchst entwickelte Land Europas ist. Innerhalb 30 Jahre sind in Deutschland bis zur Gegenwart 31 Talsperren gebaut worden. Geplant sind etwa 50. Gerade bei diesen Talsperren haben bisher die Anlieger der Gewässer die größten Schwierigkeiten gemacht. Von den 94 Überlandzentralen (Elektrizitätswerken), die im Jahre 1911 gesählt worden sind, hatten 23 und darunter die größte Wasserkraft. Seitdem ist eine große Anzahl von großen Kraftwerken, die ganze Provinzen durch Ausnützung von Wasserkräften versorgen soll, in Angriff genommen worden. Dem preußischen Landtag liegt ein Gesetzentwurf zur Veratung vor, nach dem die Wasserkräfte der Weser zu Kraftwerken vermeintlich werden sollen. Beabsichtigt wird, 19 Kreise in den Provinzen Hannover, Hessen-Nassau und im Fürstentum Waldeck mit elektrischer Kraft zu versorgen. Durch Ausnützung der Wasserkräfte in den oberharzischen Seen will die bairische Regierung das ganze Königreich Bayern mit Elektrizität versorgen. Die Arbeiten sind bereits im Gange.

Gegenüber den 7282 399 PS der Dampfwerke — nach der Zählung vom Jahre 1907 — erscheinen die 868 862 PS der benötigten Wasserkräfte freilich nicht groß. Aber die Wasserkräfte sind deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie im wesentlichen für Kraftzentralen in Betracht kommen.

Von den größeren Bundesstaaten hatten nach der letzten Gewerbezählung Wasserkräfte in Benutzung:

Preußen	295 510 PS
Bayern	212 632
Sachsen	122 482
Württemberg	69 264
Baden	64 997
Ehaz-Lotringen	33 736

Wie sehr aber durch die neueste Entwicklung das Verhältnis geändert wird, geht u. a. daraus hervor, daß allein die geplanten Kraftwerke an der Weser ein Stromquantum von 41 Millionen Kilowattstunden werden erzeugen können!

Es ist aber nicht nur die Entwicklung der Krafterzeugung, welche eine Regelung des Wasserrechts notwendig macht, auch die neuere Gestaltung der Binnenschifffahrt drängt dazu. Am Jahre 1907 fuhren auf den deutschen Binnengewässern 2625 Schiffe mit einer Tragfähigkeit von insgesamt 5914 020 Tonnen. Der Güterverkehr auf den Hauptgewässern ist von 1875 bis 1900 in Millionen Tonnenkilometern gestiegen:

	1875	1885	1895	1900
Rhein	882	1587	3030	5292
Weser	29	40	74	128
Elbe	435	1298	1963	2805
Oder	154	366	654	1042
Weißer Elster	157	123	129	159
Mosel	82	101	87	88
Danub	24	20	17	34
Jahresgesamt	1763	3535	5020	9348

Zum Jahre 1909 wurden von der deutschen Binnenschifffahrt 118 495 448 Tonnen befördert, gegen 365 314 940 Tonnen auf der Eisenbahn.

Die Flüsse werden aber immer weniger „natürliche“ Wasserräume. Vereits gibt es in Deutschland 13 793,4 Kilometer künstliche Wasserräume, zu denen nicht nur die Kanäle, sondern auch Flüsse zählen. Denn allein seit 1894 sind 3099,9 Kilometer fließender Gewässer so ausgebaut worden, daß sie schiffbar wurden, vor 1894 3088,57 Kilometer. Auch die schiffbaren Flüsse werden reguliert und dadurch verbessert, ungeheure Summen werden vom Staat dafür aufgewandt. Die Flüsse verlieren dadurch aber den Charakter „natürlicher“ Wasserräume, sie werden ebenso künstliche Anlagen wie die Kanäle und Eisenbahnwege, und das staatliche Schiffsmonopol wird einmal ebenso notwendig wie das Verkehrsmonopol überhaupt.

Eine hervorragende Bedeutung hat das Wasserrecht aber auch für die Gemeinden, die von den privaten Eigentümern der Wasserketten und Wasserläufe an der Versorgung ihrer Einwohner mit Trinkwasser häufig beeinträchtigt werden.

In Süddeutschland standen früher alle Gewässer im beschränkten Eigentum der Land- und Grundherren. Die bayrischen Wassergesetze von 1852 und 1907 erkennen daher, wie wir dem kirchlich erschienenen Buche über die deutsche Wasserwirtschaft von A. Kloch (Verlag von Wilh. Senapp-Halle a. S.), das einen guten Grundriß der Wasserwirtschaftslehre gibt, entnehmen, das Eigentum an den öffentlichen Schiff- und floßbaren Gewässern dem Staate, an Privatflüssen und Bächen dem Anlieger zu. Sie führen auch das Eigentumsrecht an den Quellen ein, die nach altem germanischen Rechte Gemeingut waren. Die Wassergesetze der übrigen Bundesstaaten unterscheiden ebenfalls zwischen öffentlichen und nicht öffentlichen Gewässern, nur die Grenze zwischen beiden Arten wird verschieden gezogen. Das Gesetz in Lippe-Detmold von 1859 ist das einzige, welches alle fließenden Gewässer als Gemeingut bezeichnet.

Dieses urale Recht des Gemeineigentums an allen Gewässern wieder herzustellen verlangt dringend die moderne Entwicklung. Wenn das sozialistisch ist, wie die Marxisten sagen, so beweist das eben nur, daß die ganze Entwicklung zum Sozialismus treibt!

Parlamentarische Kommissionen.

Der Militärdienst.

In der Budgetkommission des Reichstages brachte in der Donnerstagssitzung Genosse Dr. Grabenauer die wiederholten schweren Eingriffe militärischer Kommandanten bei Streiks gegen den Unternehmer zur Sprache. Dr. Grabenauer exemplifizierte besonders auf den Vorhang in Stolp, wo Husaren in einem Transportarbeiterstreik Arbeitswilligen leisten müssten. Das Generalkommando in Danzig hat diese rechte unmilitärische und unehrige Verwendung von Soldaten aufgetragen. — General Wandel gab die Erklärung ab, daß das Kriegsministerium in diesem Falle die Verwendung von Soldaten nicht billigte und dementsprechend auch das Generalkommando unterrichtet habe.

In Ulm hat der Kommandeur des 120. Infanterieregiments des Regimentsdienstes verboten, an einer von Gewerkschaften im Stadttheater arrangierten Aufführung des Operett "Die Pfeffermühle" mitzuwirken. — Der württembergische Militärbewollmächtigte glaubte das Verbot damit rechtsgültig zu machen, daß die Sozialdemokraten den Militärdienst ablehnen. — Einem schweren militärischen Terroristen drohte Genosse Liebknecht zur Sprache. Einem Polizeichefleiter in Spandau, der einen Garten zu einer sozialdemokratischen Versammlung hergegeben hat, ist die Milderung für die Truppen entzogen worden, freier der Befugnis Speisezettel zur Viehfütterung unterzuhören. Der Mann ist dadurch zum Tode verurteilt worden. — Der Kriegsminister folgte einer Mutterberatung der Räte zu.

Abg. Müller-Meiningen brachte zur Sprache, daß das vom Kronprinzen geführte Husaren-Regiment Eigentümer für kinematographische Aufnahmen abgespalten hat. — Der Kriegsmarinestab betonte, daß die Filmfabrikanten sich wegen Aufnahmen gerade an dieses Regiment herandrängen, ein Armeebefehl des Kaisers habe aber streng unterstellt, daß die Truppen für solche Zwecke benutzt werden dürfen. — In einer längeren Debatte führte die Unterstützung, die die Militärbehörden dem Jung-Deutschlandbund angedeihen lassen. — Genosse Liebknecht protestierte dagegen, daß staatliche Mittel zur Förderung dieser Bewegung verwendet werden. — Die Militärverwaltung ertritt, daß der Jung-Deutschlandbund irgendwie materiell unterstützt wird. Wenn Offiziere und Untergesetzte sich in ihrer freien Zeit in den Dienst dieser Bewegung stellen, sei das nur zu begrüßen. Die Oberreiterschule freue sich der Bekrebung, die vorherige Tückigkeit der jungen Leute zu haben. Partei-politische Propaganda sei dabei völlig ausgeschlossen, aber im patriotischen Sinne werde auf die jungen Leute eingewirkt; das sei aber auch eine der Aufgaben der Armee, nicht nur die Leute im Waffenhandwerk auszubilden. — Genosse Schäffler betonte, wenn die Militärverwaltung jetzt an die körperliche Ausbildung junger Leute herangehe, so folge sie einer alten sozialdemokratischen Forderung. Aber die Art, wie die Ausbildung vorgenommen wird, müsse endlich überprüft werden. Mit einer allgemeine körperliche Jugendausbildung, frei von allen politischen Bestrebungen, trete die Sozialdemokratie ein.

Im weiteren Verlaufe der Debatte wurde auch die Abgabe von Waffen an Schuhwerkvereine besprochen, gegen die sich, wenn auch aus verschiedenen Gründen, sowohl der Kriegsminister wie unsere Genossen wendeten. — Abg. v. Galtz regte die Errichtung einer Militär-Academie in Berlin an. — Zu einer lebhaften Aussprache führte dann noch die vom Zentrum beantragte Streichung einer Anzahl Kommandantstellen in Residenzstädten. Vertreter der sächsischen, württembergischen und hessischen Regierung, wie auch der Kriegsminister, wendeten sich gegen die Streichung, für die Genosse Städte eintrat. Nicht sei der günstige Moment, mit diesen Sineuren aufzutreten und Ernst mit Erfahrungen zu machen. Die Debatte hierüber wird am Freitag fortgesetzt werden.

Aus der Wahlprüfungscommission.

Die Kommission stellte in der Donnerstag-Sitzung den Bericht über die Wahl des Abgeordneten v. Kröcher fest, in dem die Ungültigkeitsklärung dieser Wahl beantragt wird.

Dann trat die Kommission in die weitere Prüfung der Wahl des Abgeordneten Läser (natl.) ein. Da ein Gegenprotest vorlegte, erörterte die Kommission die prinzipielle Frage, ob die in Gegenprotest neu aufgestellten Tatsachen, die nicht Bezug auf Angaben des Blattes nehmen, von der Kommission berücksichtigt werden könnten, wenn der Gegenprotest innerhalb der festgesetzten Frist beim Reichstag eingegangen ist. Mit elf gegen drei Stimmen beschloß die Kommission, daß fünfzig die in Gegenprotesten angeführten neuen Tatsachen, die sich nicht auf den Protest beziehen, von der Kommission bei der Prüfung einer Wahl berücksichtigt werden können. — Die Prüfung der Wahl Läser kam noch nicht zu Ende.

Neues aus aller Welt.

Zum Charlottenburger Gymnasialsturm.

Rummelsburg i. B., 10. April. Heute früh wünschte die in Haft befindliche Elise Heinrich den Untersuchungsrichter zu sprechen; sie wurde alsbald vorgeführt und widerte nun ihr ganzes Verhältnis, indem sie erklärte, daß alles, was sie bisher über die angebliche Ermordung des Gen. Tiemann angegeben habe, falsch sei. Richtig sei dagegen, daß der Knabe Selbstmord verübt habe und, als er bereit war zu spät vor, von ihr aufgezogen wurde. Befragt, weshalb sie denn das umfangende Geständnis abgelegt habe, erwiderte sie, daß Schwarz ja gern hören wollte, daß sie einen Mord an dem Genossen habe, und sie ihm deshalb den Gefallen getan habe. Nachdem sie nun erfahren habe, daß Schwarz gar kein Mordfabrikant, wie er sich und ihrer Familie gegenüber ausgegeben, sondern Privatdetektiv sei, habe sie keine Irrsinn mehr, die Lüge aufrecht zu erhalten. Der Untersuchungsrichter hält ihr das Unzulässigste dieser Bekundung für und wies darauf hin, daß es mindestens sehr auffällig sei, daß sie sich gar nicht um die Rechte des Knaben bemüht, auch dem nach Hause kommenden Wadding Wille den Selbstmord verschwiegen und schließlich ein sehr verächtliches Recht zur Schau getragen habe. Auf alle diese Einwände wußte die Beschuldigte keine sachhaltige Antwort zu geben, so daß die Vernehmung schließlich als ergebnislos abgebrochen wurde.

Die Charlottenburger Kriminalpolizei hat die Freunde des Dienstwählers, das Hausmädchen Lange, ermittelt und verantwortet. Sie gab zu, die Verhaftete zu kennen, wußte sich aber aus einem Schlosser Schulz, der das Viehverhältnis mit Elisabeth Heinrich gehabt habe und als Wörter in Frage kommen soll, nicht zu definieren.

Wieder eine verdeckte Rummelstrafe.

Der Rätschensührer Leichtenberg von der Rummelstrafe der meist aus Judentum bestehenden Düsseldorfer Witwe-Zinnung hat sich aus dem Staube gemacht. Nach vorläufigen Feststellungen hat Leichtenberg etwa 6000 M. veruntreut. Die Rätschensverhältnisse bieten ein trostloses Bild, rund 25 000 M. Schulden stehen 6000 M. Vermögen gegenüber. Die Beiträge sollen auf 5 Prozent erhöht, die Leistungen auf das Mindestmaß herabgesetzt werden; ob das den Baufaktor aufhält, steht dahin. In der letzten Vorlesung sprachen die Rätschensvertreter, bei der Aufsichtsbehörde die Auflösung des Rätschens und die Überweisung der Mitglieder an die Strafanstalt nachzuforschen. Nach dieser Sitzung verschwand der früher direkt organisierte Rätschensührer, der noch beim letzten Treffen der freien Rätselner diesen Moral predigen wollte. — Trotz dieser Verzweiflung in verschiedenen Rummelstrafen ist das Vertrauen der Aufsichtsbehörden zu diesen Gebilden nicht erschüttert, und der Stadt von 400 000 Einwohnern wird demnächst auch noch eine Landstrafe beschieden.

Telephonische Verbindung zwischen London und Köln.

Am Mittwoch bot zum ersten Male, wie die Daily Mail mitteilt, eine deutsche mit einer englischen Zeitung ein telefonisches Gespräch ab. Die über 320 englische Meilen stehende telefonische Verbindung von Köln nach London bemühte sich glänzend. Bereits am 4. März sei eine telefonische Verbindung zwischen London und Berlin ver sucht worden, doch dieser Versuch sei nicht gänzlich ausgefallen.

Ausbau auf dem Arbeitshaus.

Berlin, 11. April. Am Arbeitshaus zu Rummelsburg waren gestern auf dem Hof 11 Insassen mit dem Zerkleinern von Holz beschäftigt. Als der Aufseher sich einen Augenblick abwandte, sprang sie auf einen Berg, entfernten von dort das Dach eines Schuppens und gelangten so ins Freie. Eine der Flüchtlinge drückte sich beim Herauspringen das Bein und wurde sofort ergreift. Zwei andere konnten ebenfalls gefaßt werden. Drei weitere ließen sich über die Speere, räubten dem Förstermann Blühe und Jade, wurden aber alsbald von Passanten festgehalten. Vier der Insassen sind entkommen.

Selbstmord eines Soldaten.

Gleimtz, 10. April. Ein Soldat der dritten Kompanie des 2. Infanterieregiments erschoss sich mit seinem Dienstgewehr. Einem Polizeichefleiter in Spandau, der einen Garten zu einer sozialdemokratischen Versammlung hergegeben hat, ist die Milderung für die Truppen entzogen worden. Freier der Befugnis Speisezettel zur Viehfütterung unterzuhören. Der Mann ist dadurch zum Tode verurteilt worden. — Der Kriegsminister folgte einer Mutterberatung der Räte zu.

Königlicher Hilfer erkrankt. Hilfer gilt als ruhiger, wichtiger Beamter und war allgemein bei seinen Kollegen und Untergebenen beliebt. Er schenkt den Selbstmord in einem Anhänger geistiger Umstaltung verübt zu haben.

Massenerkrankung in einem badischen Dorfe.
Boden-Boden, 10. April. Im Sandweier sind noch dem Gesesse verordneten Fleisches 15 Personen erkrankt, von denen bisher eine gestorben ist.

Bernbebenregistrierung.

Lobach, 10. April. Gestern (Mittwoch) abend um 7 Uhr 7 Minuten 43 Sekunden wurde auf der Erdbebenwarte der Beginn eines starken Bernbebens registriert. Das Maximum wurde um 7 Uhr 54 Minuten 10 Sekunden aufgezeichnet, das Ende um 8 Uhr 30 Minuten. Die Herdenstirnung betrug 10 500 Meter.

Dresdner Polizeibericht vom 11. April.

Am 22. März hat eine unbekannte Frau einen grau gebundenen Briefmarkenalbum mit verschiedenen Marken im Werte von ungefähr 10 M. in einem Geschäft der Bouvier Straße zum Kauf angeboten und dort in Verwahrung gegeben. Da die Unbekannte bis heute nicht wieder erschien ist, wird vermutet, daß das Album gestohlen sei. Der Eigentümer wird erucht, sich bei der Kriminal-Abteilung, Schiebstraße 7, 1, zu melden.

Ein Einbrecher stirbt.
Ein Einbrecher stirbt in der letzten Zeit unter dem Vorwand, seine Sachen noch beim Ballantyne zu haben, Darlehen bis zu 20 M. zu verkaufen. Der Schwindler behauptet, aus Russland zu kommen und hier als Ingenieur Stellung gefunden zu haben. Er ist etwa 30 Jahre alt, von großer dagerter Statur, hat dunkles Haar und war mit hartem schwarzen Hut und brauem Mantel bekleidet.

Wetterbericht von der Wetterstation an der Friedrich-August-Brücke

vom 11. April, mittags 12 Uhr.

Barometer 746. Regen, Wind.

Thermometer +8° R.

Thermometergrap: Min. +1°, Max. +8°.

Höhenmeter 60 Meter.

Prognose der sächsischen Wetterwetterwarte

für den 12. April.

Nordwestwind; wolzig; fall; zeitweise Niederschlag.
Wetterlage: Heute früh lagerte eine sehr tiefe Depression über der Ostsee, unter deren Einfluß stürmisches Wetter mit Schneefall herrschte. Der höchste Luftdruck lagerte über dem Atlantischen Ozean. Die Wirkung des frühlingshaften Tieffs wird anhalten. Demzufolge werden lebhafte Nordwestwinde von Bestand sein. Der Wettercharakter wird sich daher auch nicht erheblich ändern.

Letzte Telegramme.

Beschließung von Adremi durch griechische Kriegsschiffe.

Wien, 11. April. Wie die Allgemeine Zeitung aus Konstantinopel berichtet, haben griechische Kriegsschiffe den Hafen Adremi an der adriatischen Küste beschossen.

Zur Lage vor Skutari.

Belgrad, 11. April. Schwere Regenfälle haben während der letzten Tage alle militärischen Aktionen bei Skutari unmöglich gemacht. Es heißt, daß auch bei den Belagerten die Stimmung für einen baldigen Frieden immer mehr heraufzieht. Man erwartet, daß die Belagerungsgruppen von Skutari zurückgezogen werden.

Beworbene Unterzeichnung der Friedensprüflinge?

VI. Kreis.

Sonntag den 13. April, nachm. 3 Uhr, in der Goldenen Krone in Döllnichen

KreisFrauen-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Die Kämpfe der Gegenwart und die Frauen. Referentin: Frau Anna Grabauer. — 2. Bericht der Kreis-Bertrauensperson. — 3. Berichte der Bezirks-Bertrauenspersonen. — 4. Wahl der Bertrauensperson und deren Stellvertreterin.
- Die Genossinnen werden ersucht, zahlreich in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

V 51]

Männerchor, Potschappel

Das für Sonnabend den 12. April angelegte Konzert muß wegen plötzlicher Erkrankung des Liedermasters ausfallen. Die gelösten Karten behalten für einen späteren Termin Gültigkeit.

Die Männer des Vereins seien darauf hingewiesen, daß für diesen Sonnabend ein

TANZ-ABEND

im derselben Lokale stattfindet.

NB. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht!

[K 177]

Verein für Volksgesundheit, Dresden.

Dienstag den 15. April, abends 8½ Uhr

Lichtbilder-Vortrag über:

„Unsere einheimischen Pilze“

Vortragender: Der von der Gesellschaft der Naturfreunde „Modmos“ empfohlene Pilzkundige Herr Findelzen, Meißen. — Karte 25 Pf. — Mitglieder und ein Angehöriger sowie am Eingang sich Reuanmeldende haben freien Zugang.

[V 221]

4. Kreis. Gruppe Radeburg.

Sonnabend den 12. April, abends 9 Uhr
im Schützenhaus

[V 11]

Versammlung

Wichtige Tages-Ordnung.

Erscheinen der Mitglieder wünscht!

Die Beiratsleistung.

Werkmeister-Verein für das Deutsche Buchbindergewerbe u. verw. Berufe

Ortsgruppe Dresden.

Sonnabend den 13. April 1913, vormittags 10½ Uhr, im Restaurant Merleburger Hof, Merleburger Str. 1, Ecke Tittmannstr.

Große öffentliche Versammlung

aller in Buchbindergewerbe und verwandten Betrieben beschäftigten Werkmeister- und Abteilungsleiter Dresdens und Umgegend.

Zageordnung: Der Werkmeister-Verein für das Deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufe, und seine Bedeutung als Berufsorganisation. Referent: Kollege Braatz, Teplice-Schönau. — Freie Diskussion. Um zahlreiches Erscheinen erachtet. V. A. A. Stock.

Arbeiter-Rad. Band Solidarität

Sitz Offenbach a. M. Mitgliederzahl 155 000

Ortsgruppe Leuben. Abt. Laubegast-Tolkewitz

Sonntag den 13. April 1913

im Goldenen Anker, Laubegast

Frühjahrs-Vergnügen

Darbietungen: Konzert, Viegenfahren u. großer Ball.

Anfang nachmittags 5 Uhr. [K 214] Ende nachts 2 Uhr.

Um zahlreiches Besuch erachtet

Der Vorstand.

A.-R.-B. Solidarität. Ortsgr. Bannowitz u. U.

Sonntag den 13. April im Gasthof Bannowitz

Großes Saal-Fest

Befehlend in Konzert und Ball.

Anfang 4 Uhr. Eintritt 20 Pf. Ende 1 Uhr.

Ein genügend Abend versprechend. Iabet ergibt ein

K 188] Der Vorstand.

Allgem. sächsischer Skat-Verein.

Hotel Bürgerhans, Dresden-L. Gr. Brüdergasse 25

Gr. Skat-Wettspielen.

1. Preis 1500 M., 2. Preis 1200 M., 3. Preis 1000 M. usw.

Es wird noch an folgenden Tagen gespielt:

Sonntag den 13. Donnerstag den 17. und Sonntag den 20. April.

Anfang nachmittags 9 Uhr. [K 808]

Die Mitglieder werden höchst erachtet, zahlreich zu erscheinen. V. I.

Dresdner Volkszeitung

Achtung!

Maler u. Lackierer!

Bei Versammlungsbeschluß vom 10. April sind folgende Maler, Lackierer für alle darin beschäftigten gesperrt:

Karl Seifert, Klempner
J. Hilscher, Metzgerstraße
G. Hennig, Schäferstraße
Kubasek, Weidstraße
Stumpf, Mohilstraße
R. Baribel, Uhlandstraße
Rüther, Weidstraße

Pr. Freyer, Ringstraße
Ehlers, Schäferstraße
Dietze, Weidstraße
Hausmann, Holzstraße
Müller, Blasewitz, Weidstraße
Bahn, Blasewitz, Weidstraße
R. May, Friedstraße

(Für die Firma R. May, Friedstraße, ist die Arbeitsstelle „Obdachlosen-Asyl Blasewitz“ freigegeben. Alle anderen Arbeitsstellen sind gesperrt.)

Alle Maler, Lackierer, Anstreicher, ganz gleich ob organisiert oder nicht, haben die Firma sofort in oben genannten Geschäften niedergzulegen.

So eben erwarten wir, daß auch die in diesen Geschäften beschäftigten Männer, Tapetierer und Ölßarbeiter sich und anschließen. Zur Orientierung der übrigen Bauarbeiter usw. sei gesagt, daß oben genannte Geschäfte ausgesperrt haben und nun durch Schließungen und Einstellung unorganisierter Deut. ihre liegenbleibenden Arbeiten fertigzustellen und ihren Betrieb fortzuführen versuchen. Wir erwarten, daß diesem Maße Folge geleistet wird und daß uns die Bauarbeiter aller Berufe durch moralische Unterstüzung in dem und aufgebrachten Kampfe zum Siege verhelfen.

Die Verwaltung des Verbandes der Maler, Lackierer u. w. Deutschl. Filiale Dresden.

Frauenvortrag in Wurgwitz.

Sonntag den 13. April, nachm. 8 Uhr, Vortrag für Frauen und erwachsenen Mädchen mit Fragebeantwortung: „Kreis und Weißjahr in ihren Beziehungen zu einander“ v. Frau H. A. Kreitmeier in Wolfs Restaurant, Wurgwitz. — Eintritt 20 Pf. [B 843]

Paul Richters Rest.
Wallwitzburg
Wallwitzstr. 21 [E 80]
empfiehlt keine gerührigen Gedanken. S. Spatz z. Friede.

Gasthof zur Reichskrone

Radeberg.
Sonnabend den 12. April
Großes Schlachtfest
Vom frü 10 Uhr ab: Waffeldich.
Abends: Brautwurf m. Brant.
Hierzu haben ergebnis ein
B 840] Karl Quasler.

Kokos-Flocken
Selmanns Filialen

Vereinigte Freie Turner Abteilung Leuben

: der Südost-Vororte :
Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes

Sonntag den 13. April 1913 im Gasthof Leuben

1. Stiftungs-Fest der Turnerinnen-Abteilung.

Darbietungen: Instrumental-Konzert, turnerische Aufführungen sowie **Ball**.
Anfang 5 Uhr. Beginn der Aufführungen 7½ Uhr. Ende 2 Uhr.
K 149] Es haben ergebnis ein

Der Turner.

Die cinematographischen Vorführungen während des Salles im **Drei-Kaiser-Hof**

finden beim Kino-Publikum das größte Interesse, zumal wechselseitig die neuesten Filme gezeigt werden.
Sonntag 4 Uhr Montag 8 Uhr

Feiner Ball

Sonntags
Gasthof n. Käseküchen.
Umsewitz ft. Biere.
E. Fritzsche.

Gasthaus Stadt Polanitz
Am See u. Ede Jägersküche. Empfiehlt keine fest. Totalitäten einer gesetzl. Beauftrag. Vereinszimmer noch frei. H. Richter u. Frau.

Gasthof [K 216]
Zur Leutewitzer Höhe wird zur Einkehr empfohlen.

Restaurant

Saxonia
Dresden-N., Ehningasse 4
empfiehlt keine freundl. Totalitäten
Täglich Konzert.
Edmund Richter u. Frau.

Gasthof [K 216]
Zur Leutewitzer Höhe wird zur Einkehr empfohlen.

Restaurant

AlbertSaalheim
Dr.-Löbtau, Kesselsdorfer Strasse

Größte und vorteilhafteste Bezugsquelle für
Damen-, Herren- und Kinder-Konfektion

Gasthof Leuben

Sonnabend den 13. April 1913, abends 8½ Uhr
Gr. öffentl. Theater-Abend.

Zur Aufführung Kater Lampe gelangt:
Zuggeführt von Mitgliedern des D. V. Löbtau, Blasewitz.

Eintritt 20 Pf. an der Kasse 40 Pf.

K 149] Es haben ergebnis ein e. Geige.

Reisszeuge

Reisebretter, Schienen, Winkel
überhaupt alle Zeichengeräte empfohlen

Grünberg & Co.,
Dresden-L., Steindamm 6, neuen Markt. [A 88/18]

Unterstützt für den reisenden Zeit:
Reis. Gads, Dresden-Kloster.

Verantwortlich für den Zeichengerät:

Reis. Gads, Dresden.

Und wie Zeich. Reisen & Grün. Dresden.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein konservativer Jesuitenfreund.

Das Schiedsgericht der sächsischen Konservativen, der Freiberger Landgerichtsrat Dr. Mangler, hat in Chemnitz eine Rede über die politische Lage gehalten und sich dabei für Zentrum und Jesuiten ins Zeug gelegt, daß keinen Parteifreunden im Lande die Haare zu Berge stehen. Auß sich könnte man ja die Meinung Manglers für eine ganz außnahmsweise vernünftige halten, wenn sie nicht gar so graus mit Anarchistenheute und Sozialistenheute vermischt wäre. Aber abgesehen davon, Dr. Mangler hat tatsächlich so gesprochen, wie es ein zufolgedes Sekretär der Zentrumspartei im schwarzesten Vierel sitzt auch nicht hätte tun können. Zu einigen Blättern wird diese Leistung gewissermaßen als abzüglichendes Beispiel aufgeführt. Dadurch erfährt man, daß Dr. Mangler also über und für Zentrum und Jesuiten gesiert hat:

„Ich gebe zu, daß es uns schwer fällt, uns auf den Standpunkt des Zentrums zu stellen, denn gerade über die Gemeindeangelegenheiten mit besonderem Eifer angelegten sein lassen und seien daher ganz besonders geeignet zu Gemeindevertretern. Wir haben diese Argumente schon mehrfach als ungutstellend und widerstrebend gekennzeichnet. Jetzt wird aber durch einen Vorfall in Neugersdorf das besondere Interesse der Unternehmer für die Gemeinde eigenartig beleuchtet. Es wird darüber in einem Berichte der Zittauer Volkszeitung über eine Gemeinderatslösung folgendes ausgeführt:

Der Streit, den die Firma August Hoffmann seit langem mit dem hiesigen Gemeinderat betreibt, wird nun noch eine strafprozeßuale Begleiterscheinung bekommen. Am Schlusse der letzten öffentlichen Gemeinderatslösung verlas der Gemeindevorstand eine Einigung der Firma August Hoffmann wegen des in Nr. 75 der Volkszeitung erschienenen Eigentumsberichtes. In diesem sei gesagt worden, daß den Veranlosern der vielen Auskünften in der Strauswiesenstraße ein längeres Aufenthaltsrecht in Großschweidnitz angurteilt sei. In der Aufschrift wurde behauptet, daß der Verantwörter der Einigung nicht die Firma August Hoffmann, sondern der Gemeinderat, der verstorbenen Gemeindevorstand steigt, der eine Urkundenzählung zwischen der Gemeinde begangen habe, sowie der Gemeindeschreiber Siebzehn und noch viele andere seien, und somit dieses Unrat wegen des Kaufvertrags in Großschweidnitz auf diese Körperpartien und Personen zurückfällt. Der Ton, in dem die Aufschrift der Firma gehalten war und der Bezugspunkt von dem Bildungsangange abliegt, den die Schreiber bestimmt, veranlaßte das Mitglied Güttler, sich in kürzeren Aussführungen dagegen zu wenden. In den meistigen Schreiben würden dem Gemeinderat und anderen Personen Betrug, Urturmschärfung, heimliche Eintragungen und vergleichende Vorgeworfe und Lönne der Gemeinderat sich beratige Anwürfe auf die Dauer nicht gefallen lassen. Auch auswärtige Personen gegenüber seien diese Neuerungen gemacht worden, und berufe sich die Firma darauf, daß, weil diesen Verduldungen nicht gehörig entgegengetreten werden, sie auf Tadachen beruheten. Dagegen müsse unbedingt der Klageweg beschritten werden.

Gesetz. Winkler konnte sich für eine Klage nicht begeistern. Man sollte nicht in jeder Sache gleich das Gericht anrufen, besonders wenn es von einer Seite ausgehe, die man unmöglich ernst nehmen könnte. Es gebe Zeuge, die ihm überhaupt beilegen könnten, und das sei in diesem Falle die Firma August Hoffmann. Eine Hoffmann beantragte, einmal eine öffentliche August-Hoffmann-Sitzung (!!) abzuhalten, in der alle Schreiber der Firma zur Verleidung kommen sollten, um der Einwohnerschaft zu zeigen, wie die ganze Arbeit und Tätigkeit des Gemeinderates nur von dieser einen Firma in Anspruch genommen werde. Von einer Beschlusssitzung in öffentlicher Sitzung über diese Angelegenheit wurde abgelehnt, weil der Vorsitzende bemerkte, daß in nächster Nähe noch eine Sitzung der Firma August Hoffmann vorliege, was alles bisher Geschehene in den Schatten stelle. In der nächsten Sitzung lag dann zu einem Baugelassen der genannten Firma ein Schreiben vor, in dem dem Gemeinderate vorgeworfen wurde, daß er auf Grund unberechtigter und auf betrügerischer Grundlage bestehender Einflüsse die Baugenehmigung absichtlich zum Schaden der Firma zu verschärfen suchte. Auf Grund dieser unhalbaren Anschuldigung beschloß der Gemeinderat nunmehr gegen eine Stimme, den Klageweg wegen Bekämpfung gegen die Firma August Hoffmann zu beginnen.

Interesse hat dieser Unternehmer für die Gemeinde allerdings gezeigt, aber es ist kein eigenes, das er gegen die Gemeinde auspielt. So wird es aber in den meisten Fällen sein, wo sich Unternehmer um Gemeindeinteressen kümmern; nur wird es zumeist geschickt gemacht, als es die befehlte Neugersdorfer Firma angegangen hat.

Ein gestrauchelter Gottesmann.

Der frühere Pfarrer des Dorfes Köhra bei Naunhof Gotthard Bud, hatte sich gestern unter der Anklage der antisemitischen Hetze gegen die das gesamte evangelische Sachsen mit aller Kraft protestieren und protestieren wird. Für dergleichen Anschwungen und Offenbarungen wird Dr. Mangler in Sachsen kein Feld finden, auch nicht in den Kreisen seiner eigenen Partei. Gehen doch nicht einmal die preußischen Konservativen in diesen Fragen so weit wie er.... Es muß daher unbedingt Einspruch erhoben werden gegen die Behauptung, daß solche Ausfassungen in Sachsen in weiteren Kreisen verbreitet seien. Und die nächste, das zu tun, sind die sächsischen Konservativen."

Auch die konservativen Dresdner Nachrichten sind verdutzt ob der Manglerschen Extratour, die ja die sächsisch-konservative Jesuitenspolitik nicht nur bestätigt, nein, als unstimmtig hingestellt. Sie schreiben — nachdem sie die Richtigkeit des Berichts über die Rede des Freiberger Draufgängers angekündigt haben — bedrückt und betreten folgendes:

„Trotzdem wird man billigerweise noch der ganzen politischen Vergangenheit Dr. Manglers eine Antwort seinerseits auf die Frage, ob seine Neuherungen richtig wiedergegeben sind, abwarten, ehe man ein Urteil über seine Denktugend abgibt. Diese Antwort möchte jedoch nicht lange auf sich machen lassen. Zum Palli einer Bejahung würde sich Herr Dr. Mangler freilich nicht nur mit den Ausführungen seiner engeren Parteifreunde, sondern mit denen des gesamten evangelischen Sachsen in schärfstem Widerspruch gesetzt haben. Aber auch im Reichstag hat die konservative Fraktion durch ihre Führer sich auf das entschieden gegen die Aufhebung des Jesuitengegesetzes ausgesprochen. Selbstverständlich die Leitung der konservativen Partei in Sachsen das größte Interesse daran, in dieser Sache möglichst Klarheit zu schaffen.“

Es soll die konservative Parteileitung gegen das Schiedsgericht mobil gemacht werden. Ob man was ausrichten würde? Und soll's gleich sein. Es wäre ja töricht, die Manglersche Jesuitensfreundschaft irgendwie ernst zu nehmen. Ein erheiternder Zwischenfall, nichts weiter. Wie verbreiten uns von dem Freiberger Draufgänger noch mehr Spaz, wenn ihm jetzt ein Schloß vor den Mund gelegt wird.

Auch ein Beitrag zum Kapitel Industrievertreter.

Nach der verhältnismäßig Landgemeindeordnung sollen die Gemeinderäte berechnigt sein, Unternehmer mit größerer Steuerleistung wie in den Gemeinderäten zu berufen; bringt ein Unternehmer mit seinen Arbeitern und Angestellten zusammen über ein Drittel der Gelansteuerleistung auf, ist er ohne weiteres berechnigt, in den Gemeinderat als vollberechnetes Mitglied einzutreten. Diese unglaublichen Bestimmungen wurden sowohl von der Regierung wie von den Rationalisatoren damit begründet, solche Unternehmer hätten ein be-

sonders großes Interesse an einer gezielten Entwicklung der Gemeinde, sie würden sich die Förderung der Gemeindeangelegenheiten mit besonderem Eifer angelegen sein lassen und seien daher ganz besonders geeignet zu Gemeindevertretern. Wir haben diese Argumente schon mehrfach als ungutstellend und widerstrebend gekennzeichnet. Jetzt wird aber durch einen Vorfall in Neugersdorf das besondere Interesse der Unternehmer für die Gemeinde eigenartig beleuchtet. Es wird darüber in einem Berichte der Zittauer Volkszeitung über eine Gemeinderatslösung folgendes ausgeführt:

Der Streit, den die Firma August Hoffmann seit langem mit dem hiesigen Gemeinderat betreibt, wird nun noch eine strafprozeßuale Begleiterscheinung bekommen. Am Schlusse der letzten öffentlichen Gemeinderatslösung verlas der Gemeindevorstand eine Einigung der Firma August Hoffmann wegen des in Nr. 75 der Volkszeitung erschienenen Eigentumsberichtes. In diesem sei gesagt worden, daß den Veranlosern der vielen Auskünften in der Strauswiesenstraße ein längeres Aufenthaltsrecht in Großschweidnitz angurteilt sei. In der Aufschrift wurde behauptet, daß der Verantwörter der Einigung nicht die Firma August Hoffmann, sondern der Gemeinderat, der verstorbenen Gemeindevorstand steigt, der eine Urkundenzählung zwischen der Gemeinde begangen habe, sowie der Gemeindeschreiber Siebzehn und noch viele andere seien, und somit dieses Unrat wegen des Kaufvertrags in Großschweidnitz auf diese Körperpartien und Personen zurückfällt. Der Ton, in dem die Aufschrift der Firma gehalten war und der Bezugspunkt von dem Bildungsangange abliegt, den die Schreiber bestimmt, veranlaßte das Mitglied Güttler, sich in kürzeren Aussführungen dagegen zu wenden. In den meistigen Schreiben würden dem Gemeinderat und anderen Personen Betrug, Urturmschärfung, heimliche Eintragungen und vergleichende Vorgeworfe und Lönne der Gemeinderat sich beratige Anwürfe auf die Dauer nicht gefallen lassen. Auch auswärtige Personen gegenüber seien diese Neuerungen gemacht worden, und berufe sich die Firma darauf, daß, weil diesen Verduldungen nicht gehörig entgegengetreten werden, sie auf Tadachen beruheten. Dagegen müsse unbedingt der Klageweg beschritten werden.

Gesetz. Winkler konnte sich für eine Klage nicht begeistern. Man sollte nicht in jeder Sache gleich das Gericht anrufen, besonders wenn es von einer Seite ausgehe, die man unmöglich ernst nehmen könnte. Es gebe Zeuge, die ihm überhaupt beilegen könnten, und das sei in diesem Falle die Firma August Hoffmann. Eine Hoffmann beantragte, einmal eine öffentliche August-Hoffmann-Sitzung (!!) abzuhalten, in der alle Schreiber der Firma zur Verleidung kommen sollten, um der Einwohnerschaft zu zeigen, wie die ganze Arbeit und Tätigkeit des Gemeinderates nur von dieser einen Firma in Anspruch genommen werde. Von einer Beschlusssitzung in öffentlicher Sitzung über diese Angelegenheit wurde abgelehnt, weil der Vorsitzende bemerkte, daß in nächster Nähe noch eine Sitzung der Firma August Hoffmann vorliege, was alles bisher Geschehene in den Schatten stelle. In der nächsten Sitzung lag dann zu einem Baugelassen der genannten Firma ein Schreiben vor, in dem dem Gemeinderate vorgeworfen wurde, daß er auf Grund unberechtigter und auf betrügerischer Grundlage bestehender Einflüsse die Baugenehmigung absichtlich zum Schaden der Firma zu verschärfen suchte. Auf Grund dieser unhalbaren Anschuldigung beschloß der Gemeinderat nunmehr gegen eine Stimme, den Klageweg wegen Bekämpfung gegen die Firma August Hoffmann zu beginnen.

Interesse hat dieser Unternehmer für die Gemeinde allerdings gezeigt, aber es ist kein eigenes, das er gegen die Gemeinde auspielt. So wird es aber in den meisten Fällen sein, wo sich Unternehmer um Gemeindeinteressen kümmern; nur wird es zumeist geschickt gemacht, als es die befehlte Neugersdorfer Firma angegangen hat.

Ein gestrauchelter Gottesmann.

Der frühere Pfarrer des Dorfes Köhra bei Naunhof Gotthard Bud, hatte sich gestern unter der Anklage der antisemitischen Hetze gegen die das gesamte evangelische Sachsen mit aller Kraft protestieren und protestieren wird. Für dergleichen Anschwungen und Offenbarungen wird Dr. Mangler in Sachsen kein Feld finden, auch nicht in den Kreisen seiner eigenen Partei. Gehen doch nicht einmal die preußischen Konservativen in diesen Fragen so weit wie er.... Es muß daher unbedingt Einspruch erhoben werden gegen die Behauptung, daß solche Ausfassungen in Sachsen in weiteren Kreisen verbreitet seien. Und die nächste, das zu tun, sind die sächsischen Konservativen."

Auch die konservativen Dresdner Nachrichten sind verdutzt ob der Manglerschen Extratour, die ja die sächsisch-konservative Jesuitenspolitik nicht nur bestätigt, nein, als unstimmtig hingestellt. Sie schreiben — nachdem sie die Richtigkeit des Berichts über die Rede des Freiberger Draufgängers angekündigt haben — bedrückt und betreten folgendes:

„Trotzdem wird man billigerweise noch der ganzen politischen Vergangenheit Dr. Manglers eine Antwort seinerseits auf die Frage, ob seine Neuherungen richtig wiedergegeben sind, abwarten, ehe man ein Urteil über seine Denktugend abgibt. Diese Antwort möchte jedoch nicht lange auf sich machen lassen. Zum Palli einer Bejahung würde sich Herr Dr. Mangler freilich nicht nur mit den Ausführungen seiner engeren Parteifreunde, sondern mit denen des gesamten evangelischen Sachsen in schärfstem Widerspruch gesetzt haben. Aber auch im Reichstag hat die konservative Fraktion durch ihre Führer sich auf das entschieden gegen die Aufhebung des Jesuitengegesetzes ausgesprochen. Selbstverständlich die Leitung der konservativen Partei in Sachsen das größte Interesse daran, in dieser Sache möglichst Klarheit zu schaffen.“

Es soll die konservative Parteileitung gegen das Schiedsgericht mobil gemacht werden. Ob man was ausrichten würde? Und soll's gleich sein. Es wäre ja töricht, die Manglersche Jesuitensfreundschaft irgendwie ernst zu nehmen. Ein erheiternder Zwischenfall, nichts weiter. Wie verbreiten uns von dem Freiberger Draufgänger noch mehr Spaz, wenn ihm jetzt ein Schloß vor den Mund gelegt wird.

Auch ein Beitrag zum Kapitel Industrievertreter.

Nach der verhältnismäßig Landgemeindeordnung sollen die Gemeinderäte berechnigt sein, Unternehmer mit größerer Steuerleistung wie in den Gemeinderäten zu berufen; bringt ein Unternehmer mit seinen Arbeitern und Angestellten zusammen über ein Drittel der Gelansteuerleistung auf, ist er ohne weiteres berechnigt, in den Gemeinderat als vollberechnetes Mitglied einzutreten. Diese unglaublichen Bestimmungen wurden sowohl von der Regierung wie von den Rationalisatoren damit begründet, solche Unternehmer hätten ein be-

sonders großes Interesse an einer gezielten Entwicklung der Gemeinde, sie würden sich die Förderung der Gemeindeangelegenheiten mit besonderem Eifer angelegen sein lassen und seien daher ganz besonders geeignet zu Gemeindevertretern. Wir haben diese Argumente schon mehrfach als ungutstellend und widerstrebend gekennzeichnet. Jetzt wird aber durch einen Vorfall in Neugersdorf das besondere Interesse der Unternehmer für die Gemeinde eigenartig beleuchtet. Es wird darüber in einem Berichte der Zittauer Volkszeitung über eine Gemeinderatslösung folgendes ausgeführt:

Der Streit, den die Firma August Hoffmann seit langem mit dem hiesigen Gemeinderat betreibt, wird nun noch eine strafprozeßuale Begleiterscheinung bekommen. Am Schlusse der letzten öffentlichen Gemeinderatslösung verlas der Gemeindevorstand eine Einigung der Firma August Hoffmann wegen des in Nr. 75 der Volkszeitung erschienenen Eigentumsberichtes. In diesem sei gesagt worden, daß den Veranlosern der vielen Auskünften in der Strauswiesenstraße ein längeres Aufenthaltsrecht in Großschweidnitz angurteilt sei. In der Aufschrift wurde behauptet, daß der Verantwörter der Einigung nicht die Firma August Hoffmann, sondern der Gemeinderat, der verstorbenen Gemeindevorstand steigt, der eine Urkundenzählung zwischen der Gemeinde begangen habe, sowie der Gemeindeschreiber Siebzehn und noch viele andere seien, und somit dieses Unrat wegen des Kaufvertrags in Großschweidnitz auf diese Körperpartien und Personen zurückfällt. Der Ton, in dem die Aufschrift der Firma gehalten war und der Bezugspunkt von dem Bildungsangange abliegt, den die Schreiber bestimmt, veranlaßte das Mitglied Güttler, sich in kürzeren Aussführungen dagegen zu wenden. In den meistigen Schreiben würden dem Gemeinderat und anderen Personen Betrug, Urturmschärfung, heimliche Eintragungen und vergleichende Vorgeworfe und Lönne der Gemeinderat sich beratige Anwürfe auf die Dauer nicht gefallen lassen. Auch auswärtige Personen gegenüber seien diese Neuerungen gemacht worden, und berufe sich die Firma darauf, daß, weil diesen Verduldungen nicht gehörig entgegengetreten werden, sie auf Tadachen beruheten. Dagegen müsse unbedingt der Klageweg beschritten werden.

Stadt-Chronik.

Aus dem Stadtparlament.

Wieder lag den Stadtverordneten eine umfangreiche Tagesordnung vor, die aber nach 3½ stündiger Tagung bewältigt wurde, obwohl einige Punkte ausgiebige Debatten auslösten. In erster Linie stand ein konservativ-antifeministischer Antrag zur Veratung, der den Zweck hatte, den Eingang der Löwenapotheke an dem am Altmarkt gelegenen Eingang der Wilsdruffer Straße zu hinterstreichen. Zu diesem Zwecke wurde die Aufführung eines Holzmodells in natürlicher Größe und die erneute Vermietung der Räume gefordert. Die lebhaften Verhandlungen, die der Antrag auslöste, werden an anderer Stelle gewürdigt werden. Hier sei nur noch hervorgehoben, daß der Hauptzweck des Antrags, Zeit zu weiteren Treibereien gegen die Laubengänge durch Errichtung eines Holzmodells in natürlicher Größe zu gewinnen, scheiterte, obwohl man durch namentliche Abstimmung eine gewisse Pression auszuüben versuchte. Die Vermietung der Räume wurde allerdings mit sehr kleinen Mehrheit beschlossen, doch wird der Beschluß kaum ein praktisches Ergebnis zeitigen, denn wer sollte in Räume ziehen, in denen er nicht einen Tag sicher ist, wieder herauszumüssen. Das ganze Treiben hätte noch lästiger enden müssen, wenn nicht ein Teil der Liberalen mitgemacht hätte. Es war wieder einmal ein Schauspiel für Götter, die Geschlossenheit der Fraktion Vogel-Hettner zu bewundern.

Ein vom fortschrittlichen Lehrer Wöbel gestellter Antrag, der den Zweck hatte, die Spielplätze des Vereins Volkswohl in der Heide zu sichern, fand einstimmige Annahme, nachdem vorher bereits vom Nationalen eine Erklärung abgegeben worden war, daß die Spielplätze auf absehbare Zeit überhaupt nicht durch eine Bebauung dieses Teiles der Heide gefährdet seien. Wie es oft bei großen sozialpolitischen Projekten geschieht, so wurde auch gestern abends die Errichtung einer neuen, modern eingerichteten Abdeckerei, die 683 000 M. Kosten verursachen wird, ohne Debatte beschlossen. Die Röhrigkeit dieser Anlage wird aber Rücksicht erforderlich machen, während seither jedes Jahr durchschnittlich 22 000 M. Ueberfluss erzielt wurden.

Ein Schreiben des Rates, das die Bewilligung von Röhranlagen für Unterstützungen für städtische Arbeiter ablehnt, obwohl solche für Beamte in Gestalt von Wohnungsgeldzuschüssen eben bewilligt worden waren, sollte nach einem Antrag des Finanzausschusses furzherhand zur Kenntnis genommen und so erledigt werden. Durch diese Rechnung wurde aber zunächst ein Strich gemacht. Nachdem Genosse Bud das ablehnende Verhalten des Rates kritisiert und seine Argumente zerstört hatte, wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der erneut Röhranlagenzulassungen forderte, um damit zugleich die ganze Angelegenheit erneut dem Finanzausschuss überwiesen. Dort soll gleichzeitig auch erörtert werden, inwieweit Bedienstete der Straßenbahnen, die noch nicht zehn Jahre in städtischen Diensten standen, von den Wohnungsgeldzuschüssen ausgeschlossen werden sind. Es ist äußerst charakteristisch für die Zulagenpolitik des Rates, daß er eigstig bemüht ist, gerade denen Zuschüsse zu verweigern, die sie infolge der kümmerlichen Entlohnung am nötigsten bedürfen.

Eine längere Debatte wird noch durch eine Vorlage entstehen, die eine Erhöhung des Zuschüsse für die Fachschulen des Handwerkervereins forderte. Hierbei wurde von sozialdemokratischer Seite verlangt, daß man die städtischen Fortbildungsschulen möglichst ausbaue, daß die Innungsschulen unntätig würden. In einer lebhaften Aussprache wurde die Anregung umstritten, doch kam ein bestimmtes Ergebnis nicht dabei heraus.

Neueste Nachrichten gegen Volkszeitung.

Der Verlag der Dresdner Neuesten Nachrichten erucht uns unter Verweis auf das Preßgesetz um Aufnahme folgender Veröffentlichung: „In den Nummern der Dresdner Volkszeitung vom 8. und 9. April 1913 wird in zwei gegen die Dresdner Neuesten Nachrichten gerichteten Artikeln behauptet, in den beiden Blättern des Dresdner Neuesten Nachrichten gegen die Volkszeitung sei ein Vergleichsvorschlag von den Dresdner Neuesten Nachrichten gemacht worden. Diese Behauptung ist unzutreffend, wahr ist vielmehr, daß der Vorschlag zu einem Vergleich von dem Vertreter der Volkszeitung ausgestossen und zum ersten Male benannt am 30. April 1912 gemacht worden ist. Dieser Vergleichsvorschlag ist von den Dresdner Neuesten Nachrichten abgelehnt worden. Die Dresdner Neuesten Nachrichten sind auf einen Vergleichsvorschlag erst dann eingegangen, als die Volkszeitung, nachdem sie von dem Landgericht im ersten Prozeß verurteilt war, in der Verhandlung über ihre Werbung vor dem Oberlandesgericht ihr Recht erlangt, die von den Dresdner Neuesten Nachrichten geforderte Erklärung abzugeben. Die Kritik in der Volkszeitung entstieß weiter die Behauptung, daß es die Dres-

Plauen. In geheimer Sitzung verlängerten die Stadtverordneten den Vertrag mit der elektrischen Straßenbahn auf weitere zehn Jahre. Von der eigenen Regieübernahme hat man deshalb absehen, weil das bedeutend teurer würde. Der Antrag, der im November 1911 geworden ist, in der dieartige Zusammenstellung des Ausschusses für den Arbeitsnachweis nachdrücklich gegen die Aufhebung des Jesuitengegesetzes ausgesprochen. Gegenwärtig sei auch die preußische Konservativen in diesen Fragen so weit wie er.... Es muß daher unbedingt Einspruch erhoben werden gegen die Behauptung, daß solche Ausfassungen in Sachsen in weiteren Kreisen verbreitet seien. Und die nächste, das zu tun, sind die sächsischen Konservativen.“

Plauen. In geheimer Sitzung verlängerten die Stadtverordneten den Vertrag mit der elektrischen Straßenbahn auf weitere zehn Jahre. Von der eigenen Regieübernahme hat man deshalb absehen, weil das bedeutend teurer würde. Der Antrag, der im November 1911 geworden ist, in der dieartige Zusammenstellung des Ausschusses für den Arbeitsnachweis nachdrücklich gegen die Aufhebung des Jesuitengegesetzes ausgesprochen. Gegenwärtig sei auch die preußische Konservativen in diesen Fragen so weit wie er.... Es muß daher unbedingt Einspruch erhoben werden gegen die Behauptung, daß solche Ausfassungen in Sachsen in weiteren Kreisen verbreitet seien. Und die nächste, das zu tun, sind die sächsischen Konservativen.“

Leipzig. Das Schwurgericht verurteilte den 29. Jänner 1913 den Polizeihauptmann Alfred Herzer aus Dresden wegen schwerer Misstrauensverstöße zu 1½ Jahren Gefängnis und 3 Jahren Gewerbeverbot. Herzer, der beim hiesigen Polizeipräsidium aufgestellt war, hatte im vorigen Jahre drei Scheine im Gesamtbetrag von 3180 M. unterschlagen, den Betrag abgehoben und war dann nach der Schweiz geflüchtet, wo er später bestellt wurde.

Weiden. Der Plan einer Elektrifizierung der Bahnhofstraße Pirna-Weiden wird gegen die Regierung verfolgt. Mit diesem Plan wird auch die

benet Neuesten Nachrichten gewesen seien, die vorgeschlagen hätten, beiderseits über den Vergleich nichts zu veröffentlichen. Diese Behauptung ist ebenfalls u n w a h r, die Wahrheit ist vielmehr, daß die Dresdner Volkszeitung bereits am 30. April 1912 und später wieder durch ihren Vertreter zur Bedingung des von ihr angebotenen Vergleichs gemacht hat, daß beide Parteien sich verpflichten müßten, über den Vergleich nichts zu veröffentlichen. Diese Bedingung ist nicht nur in dem von den Dresdner Neuesten Nachrichten zurückgewiesenen Vergleichsvorschlage der Volkszeitung ausdrücklich formuliert worden, sondern es hat noch der Rechtsanwalt der Volkszeitung in der ersten Instanz in seinem Schreiben wörtlich erklärt: „Keilich müßte überdies eine Einigung der Parteien darüber erzielt werden, daß sie sich gegenseitig verpflichten, über die sonstgehabten Differenzen und den Ausgang der Prozeße durchaus nichts zu veröffentlichen.“ Im Verhandlungstermin vor dem Oberlandesgericht erklärten sich die Dresdner Neuesten Nachrichten nur unter der Bedingung bereit, auf die Nichtveröffentlichung einzugehen, daß ihnen dennoch das Recht der Veröffentlichung zu stehe, sobald die Dresdner Volkszeitung die mit der Klage getroffenen Behauptungen irgendwie wiederhole. Der Vertreter der Volkszeitung hat dann den Gedanken der Verpflichtung einer Nichtveröffentlichung überhaupt fallen lassen. U n w a h r sind insgesessen auch die aus den hiermit berichtigten u n w a h r e n Behauptungen der Dresdner Volkszeitung gezogenen Folgerungen.“

Wir haben dazu nur kurz zu bemerken, daß wir nicht behauptet haben, die R. R. hätten den Vergleichsvorschlag gemacht, sondern betont, daß dieser Vorschlag vom Vorsteuenden des Oberlandesgerichts gemacht wurde. Im übrigen ist die Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht maßgebend, nicht das, was vor der Instanz angeblich sich zutrug. Unsere Darstellung bezog sich in allen Teilen (mit Vergleichsvorschlag) auf die legale entscheidende öffentliche Verhandlung, über deren Verlauf unser Richterstaat sich am Mittwoch eingehend geäußert hat. Damit steht diese Berichtigung im Widerspruch.

Quo vadis.

Das Union-Theater hatte gestern nachmittag eine Privatvorstellung angezeigt, um die Geschichte von Nero und der Christenverfolgung zum erstenmal zu zeigen. Ein Herr im Krad, einer spiegelblauen Seidenhut in den weißen Glacéhänden, trat vor das Orchester und erklärte, er habe mit großer Rühe diesen Film nach dem Roman von Sienkiewicz *Quo vadis* zur alleinigen Aufführung im Königreich und der Provinz Sachsen erworben, die Anwesenden (er dachte wohl vor allen: an die Presse) mögten ihn in seinen Bemühungen unterstützen. Das war wenigstens ehrlich geaprochen: Die Zeitungen sollen ihm helfen, seine Auslagen zu decken und darüber hinaus einen anständigen Profit zu machen. Die Herren Kinobefürger scheinen an gute Behandlung gewöhnt zu sein, denn sie druden in ihrem Wachzel, „die gesamte Presse“ und die Behörden hätten *Quo vadis* auf das wärmste gut Vorführung empfohlen, und zwar als ein „Kunstwerk von dauerndem Wert“ und als ein „bervorragendes Bildungsmittel“. — Ein Kunstwerk ist dieser Film allerdings im Vergleich zu dem Schund, den uns Berlin beschert. Die Königin Luise &c. ist technisch so jämmerlich schlecht, daß sie mit *Quo vadis* keinen Vergleich aushält. — Im Verlauf dieser riesenlangen, sechs Akte umfassenden Geschichte kommen Massenmenschen vor, die ihrem Regisseur, einem Professor von Nag Reinhardts Deutschem Theater in Berlin, alle Ehre machen. Die ausgeregte Menge im Zirkus, viele Hunderte von Menschen, oder die Leute, die sich aus dem brennenden Rom flüchten, die Christen, die sich in den Katakomben versammeln, oder auch die Jeder an der Kaiserlichen Tafel, sind mit hervorragendem Geschick gestellt und bewegt. Dazu sind die Aufnahmen in Rom selber gemacht und Stätten von poetischem Zauber vor den Wauern der ewigen Stadt als Hintergründe benutzt. Selbst die antiken Häuser sind mit Geschick nachgemacht — nicht einmal über die Kostüme kann man klagen. Es müssen erstaunliche Schauspieler für die führenden Rollen gewonnen worden sein, Menschen von einer erstaunlichen Herrschaft ihres Körpers, mit schauspielenden Bewegungen, von einem frappanten Wiederspiel, die Männer namenlich ausserlesen schöne Erscheinungen.

Nun hätten wir ja wohl den Wunsch des Herrn im
Graeß willfahrt und seine neueste Nummer empfohlen? Wenach,
wir sind noch nicht zu Ende. Gerade weil der Film mit so
eileseinen Mitteln arbeitet, mit so hirtreisenden Schauspielerin,
wie es die Italiener nun einmal sind, deswegen ist er doppelt
und dreifach gefährlich. Eine plumpen patriotische Mache mit
schlechter Ausstattung und erbärmlichen Statisten verhält leicht
der Lächerlichkeit. Über ein mit rossinierten künstlerischen
Mitteln hergestellter Film ist wie ein süßes Gif. Die Ge-
schichte dauert so lange, daß Wiederholungen unvermeidlich
sind, aber störend wird es kaum irgendwo: die Einzel-
szenen sind ganz futsch und aller paar Szenen wieder
von der schriftlichen Erklärung unterbrochen. Ein histo-
rischer Film braucht noch mehr Text als ein moderner,
und um ihn echter erscheinen zu lassen, wird er mit
lateinischen Broden gepeitscht. Und weil er gar so lang und
mit dem ewigen Wechsel von Bild und Schrift so besonders
augenabstumpfend ist, muß für Steigerung gesorgt werden.
Eine Vergewaltigung inmitten einer besoffenen vornehmen
Gesellschaft ist noch das Harmloseste. Daz der Kaiser Nero
sich erdolchen will, und, da er zu feige zum Zustoßen ist, von
seinem Begleiter den Hest bekommt, ist schon etwas fastiger.
Ein Sklave wird mit einem Leuchter totgeschmissen, weil er
eine Illusiohnshaft bringt. Hest wird's interessant, denn
es gibt Genüsse für die Herrschaften mit den erschlaissen
Kerben, für die „gute Gesellschaft“ beiderlei Geschlechts, die
man auf den Tribünen der Ringersäume und Sedistagereitern
findet: Die Bestien werden im Circus auf ihre Opfer losgelassen,
um der Phantasie des Beschauers wird bloß noch der allerletzte
Moment zugemietet, daß Grauen der Todesangst auf den
Gesichtern der Christen, die sich in Krämpfen ineinanderdräueln,
zeigt die Leinwand noch in Extraformat. Und dann gibt es
Auspeisungen, für die gewisse Leute besonders viel übrig
haben sollen. Eine Sklavin, die ihren Herrn mit Liebes-
betreuungen verfolgt, wird von den Dienern zur Exekution
weggeschleppt und dann wieder, von der Misshandlung er-
schöpft, vor ihren hochbestiedigten Herrn geschildert: Text: „Hast
Du Deine Strafe richtig bekommen?“ Das zweite Mal wirds
noch ausgiebiger, noch „anregender“: ein krummer, gedrechlicher
Greis, der hinausgejagt wird, ist von der Züchtigung so

mitgenommen, daß er nach einem vergeblichen Versuch sich aufzurichten, elend zusammenbricht und erst mit Wein gestärkt werden muß, um wieder zu Kräften zu kommen. Um siebenvolljahr verweilt der Herr Filmregisseur beim Tod von Retos Günsling. Der läßt sich, vom Kaiser zum Sterben bestimmt, beim idiommerhaften Mahle die Pulsaderu aufstechen (Text: „Arzt, stich zu“). Seine Geliebte läßt sich die schöne Gelegenheit auch nicht entgehen (so wenig wie der Regisseur), und die niedliche Operation wird bei ihr wiederholt. Dann wählt sich das edle Paar immer schwächer werdend

Diese Szenen werden unterbrochen von christlichen Laufhandlungen mit Augenaufschlag, grell beleuchtet, daß das ohnehin gequälte Auge noch extra missträgt wird. Und damit das Ohr auch sein Teil abbekomme, wird über zwei Stunden lang immerfort Musik gemacht. Mit einem feinen Parfum-Borispiel singt's an, von Wagner gibt's dann noch Rienzi, ein liebliches Hirterstück von Händel muß dran glauben, zwischendurch wird der Brand von Rom wohl eine halbe Stunde lang vom eingeschworenen Radau begleitet: Pause, Schlagzug und Pizzicoforte suchen die Schandertzenen zu illustrieren, faustdick. Und der Ausklang? Bachs Edoral: „O Haupt voll Blut und Wunden“ zur Erscheinung Christi vor Petrus, als er Rom verlassen will, fortgesetzt aber auch bis zur Ermordung Nero's mit Druck und Nachdruck. Ein Atheist, sofern er Respekt vor der Kunst hat, läuft mit Pfuirufen aus dem Lofal hinaus — das christliche Publikum dagegen läßt sich bestallt. — Eine elegante Dame hinter mir

Unfälle. An der Walther-Brücke prallte ein Gleisbahnwagen heftig an die Bordsteine. Hierdurch wurde der eine der beiden Passagiere, Gleisbahnmeister W. aus Löbau, herausgeschleudert und erlitt starke blutende Verletzungen im Gesicht und am Kopfe; er wurde bewusstlos der Verbandstation in der städtischen Heil- und Pfleganstalt zugeführt. — Von einem Pferde geschlagen und am Kopfe erheblich verletzt wurde der 60 Jahre alte Stallmeister der Baronin Kasel, William Short. Er erlitt eine stark blutende Wunde und wurde von einem hinzukommenden Wohlfahrtsbeamten nach seiner an der Bürgerwiese gelegenen Wohnung gebracht. — An der Albertbrücke auf Reußsädter Seite wurde der Hilfsbrückenzolleinnehmer Schenk von einem Motorwagen umgeritten und mit großer Heftigkeit auf das Straßensplaster geschleudert. Hierbei erlitt er eine erhebliche Wunde am Hinterkopf, so daß sich seine Unterbringung im Karolathaus erforderlich machte.

Der Sozialdemokratische Verein Dresden-Altstadt veranstaltet morgen Sonnabend, abends 9 Uhr, zwei humoristische Abende im Kristallpalast, Schäferstraße, und in den Blumenälen, Blumenstraße, worauf die Mitglieder noch besonders hingewiesen werden.

Bermischte Nachrichten. Die Wasserfunkst des Republikanischen und im Garten des Stadttheaters Friedrichstadt wird vom Sonntag den 13. April an für dies Jahr wieder in Tätigkeit gesetzt werden. Und zwar jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr mittags sowie Donnerstag und Sonnabend von 3 bis 5 Uhr nachmittags. Die Besichtigung ist jedermann gestattet und frei. Eingang in den Garten von der Waisenbleidstraße aus. — Die Bevölkerungszahl von Dresden mit Überstadt wird für den 1. April 1913 auf 557700 berechnet. — Im März fanden 54 Brände statt. Die auf den beiden Feuerwachen Innern- und Luisenstraße mit je einem Feuerwehrmann besetzten Unfallwagen rückten zusammen 279 mal aus. Andererseits Ölsteine wurde in 17 Fällen gewährt. Für private, Behörden, sowie im Interesse des Feuerlöschwesens wurden 55135 Arbeitsstunden geleistet.

Aus der Umgebung.

Aus den Bezirksausschüssen.

Der Bezirksausschuss der Amtshauptmannschaft Dresden-Meistadt hat in seiner letzten Sitzung, teils unter Ausschluss der Öffentlichkeit, noch folgende Konzessionen genehmigt: Tippmann in Loschwitz, Kunath in Loschwitz (Heideklöhnen) und Bertholdt in Laubegast (Konzessionsübertragungen) und Unger in Pillnitz (Kantinenbetrieb anlässlich der Errichtung der neuen Hofgärtnerei). Abgelehnt wurden die Gesuche Henckels in Stötteritz (Goldener Apfel) um Konzession für die im Untergeschoss hergestellten Räume, Schmidt in Radebeul (Steinhandel mit Spirituosen) und des Verhönerungsbereins zu Bühlau (Langreunions). Weiter wurde noch genehmigt das Ortsgebot über die Anbringung, Instandhaltung und Besteuerung von Reliefschildern und Plakaten in Loschwitz, der Nachtrag zur Vereinbarung der Stadtgemeinde Dresden mit der Gemeinde Loschwitz zur Sicherung des städtischen Wasserwerks vor Verunreinigungen und die Errichtung einer Groß- und Kleinviehslachterei im Grundstück 59c in Dobritz. Einer Anzahl französischer Personen aus Rödichenbroda, Niederlößnitz und Radebeul wurden aus Bezirksmitteln Arbeitshilfer bewilligt.

Kennth. (Gemeinderatsbericht.) Der Gemeinderat nahm Kenntnis von einer Verfügung der Amtshauptmannschaft, einen Gemeindeverband zu gründen, dessen Zweck sei, die bisherige Ortsfrankenfasse Cossebaude zu einer allgemeinen Auszugszeit zu erhalten. Der vorgelegte Verbandsauszugszeitentwurf wurde unverändert angenommen. Der Errichtung eines ständigen Kinos in Kennth steht der Gemeinderat nicht besonders freundlich gegenüber. Von unseren Benossen wurde bemerkt, daß sich das pädagogisch schädliche des Kinowesens ganz besonders bei den kleinen Unternehmungen dieses Gewerbes bemerkbar mache. Man solle dazu die Hand nicht bieten. Der Gemeinderat beschloß, pro Spielabend 5 M. Gebühren an die Armenfasse zu erheben. Einige Nachbargemeinden haben wesentlich niedrigere Zölle. Dem Verein Krüppelhilfe werden wiederum 10 M. bewilligt. Der Beleuchtungsausschuß läßt einige Verbesserungen der Straßenbeleuchtung an der Dresdner und Reizner Straße vor, denen man nach längerer Debatte zustimmt. Mit der Kontrolle der Wasserubten wird Gemeindeältester Grundmann gegen eine jährliche Entschädigung von 25 M. beauftragt. In nichtöffentlicher Sitzung wird ein Besuch Weizners, um Sommerhalbjahr an einem zweiten Sonntags Tanz abhalten zu dürfen, besurworfen. In einer vorhergehenden Sitzung nahm der Gemeinderat einen sozialdemokratischen Antrag an, für die Fortbildungsschüler

Vorträge zu veranstalten, in denen sie auf die Gefahren des Alkoholmissbrauchs und der geschlechtlichen Ausübung ausgestattet werden sollen.

Steisch. Zu der Notiz in Nr. 80 unseres Blattes wird uns aus dem hiesigen Gemeindeamt geschrieben: Das Verbot, welches ein Begehen des auf dem linkseitigen Elsterufer liegenden sogenannten Leinpfades und der Dämme ausschließt, ist nicht neuere Datums und in auffälliger Weise auch durch verschiedene, teils von der Amtshauptmannschaft, teils von dem Landrichter, Herrn Gutsbesitzer Th. Behr-Steisch, unterschriebene Tafeln gekennzeichnet. Es ist unrichtig, daß man bei höherem Wasserstande ruhig das Publikum auf Leinpfad und Damm hat laufen lassen, das geschätzte Publikum nimmt sich diese Freiheit und setzt sich über alle Verbote hinweg. Den Grundstücksbesitzern kann nicht verargt werden, daß sie den Schutz der Behörde anrufen, denn das ob des Verbotes so erregte Publikum trägt hieran selbst die Schuld. Man gehe nur hin und sehe, wie das Eigentum des Landbewohners respektiert wird. Zu Hunderten, ja Tausenden ziehen die Ausflügler dahin, nicht etwa auf den auch in Steisch wohlgeordneten Verkehrs wegen, sondern auf den Wiesen, nicht zuletzt auch auf den das erste Grün der Saat zeigenden Helden. Daß dies das Einsichteten der Aufsichtsorgane erfordert, dürfte von jedem rechtlich Denkenden wohl eingesehen werden. Es ist der Gemeinde Steisch nicht um die wenigen Mark Strafe (der Berichterstatter führt 30 anstatt 16 an) zu tun. Es ist ferner nicht richtig, daß dem Schutzmann Winzer für jede Mark erhobene Strafe 15 Pf. Prohibition gezahlt werden.

Wem uns der Herr Gemeindevorstand außerdem mit dem Gericht droht, so ist das wohl auf eine etwas verärgerte Stimmung zurückzuführen. Wir wählen nicht, wieso unsere Notiz beleidigend sein sollte. Wir hatten keinen Grund, an der Richtigkeit der Angaben unseres Berichterstatters zu zweifeln. In der letzten Gemeinderatssitzung hat übrigens der Gemeindevorstand in recht verächtlicher Weise erklärt, was die Volkszeitung schreibe, lasse ihn völlig kalt. Damit steht eine Klagedrohung nicht im Einklang, die uns auch nicht warm machen kann.

Unter Gewahrsam steht und noch mit, daß der Schützmann Winzer selbst zu Kollegen äußerte: „Na, ich bekomme von der Dammgemeinde für jede Strafmarke 15 Pfennige“. Wie stimmt das mit der gegenwärtigen Behauptung des Herrn Gemeindevorstands und mit einer Flagedrohung? —

Stenks. (Gemeinderechtsbericht.) In der Sitzung gegen die Stadtgemeinde Dresden wegen Einführung von Medgas findet am 17. April vor dem Oberverwaltungsgericht mündliche Verhandlung statt. Der neu gewählte Richterhauptmann ist am 1. April angetreten, für die der Gemeinde gehörigen Budlagerzeile, die beim Bau der 7-Straße Verwendung gefunden haben, sind 455 M. gezahlt worden. Aus dem Schulvorstandoberamt geht hervor, daß der Antrag unserer Vertreter angenommen wurde, wonach für die Fortbildungsschüler ein Vortrag über die Folgen der Transfusiot und geschlechtlichen Zusammensetzungen gehalten werden soll. Die Armentasse schwächt in Rünnahme mit 10 385 M. und in Ausgabe mit 8230 M. ab. Ein Baugesuch, wonach ein massives Hintergebäude errichtet werden soll, in dem die Fabrikation von Jemantoren betrieben wird, befürwortet man, trotzdem Zunahmebestimmungen in Frage kommen. Zur Bedingung wird jedoch gewünscht, daß in drei Jahren ein Vorderhaus gebaut wird. Die in voriger Sitzung von unserer Seite vorgebrachten Beschwerden gegen die Firma Meoz sind noch schriftlich eingereicht worden; eine Entgegennahme ist bisher nicht erfolgt. Eine weite Abzugszahlung von 7000 M. ist an Herrn Jacob geleistet worden, dagegen werden 8000 M. Abzahlung an Herrn Meoz erst nach Eröffnung durch die Bauüberleitung zur Auszahlung angewiesen. Gem. von der Amtshauptmannschaft als Sicherungsamt vorgelegten Entwurf über Gründung eines Gemeindeverbandes zwecks Zusammenlegung der Ortschaften Stehnsch und Cossebaude stimmt man nicht zu; die Behörde soll dagegen erfuht werden, dahin zu wirken, daß ein Verband der gesamten weßlichen Vortriebe, und somit eine gemeinsame Ortslohe für den ganzen Bezirk, geschaffen wird. Jetzt kommen nur die Orte Remnitz, Stehnsch, Cossebaude, Kohlis und Oberwartha in Frage.

Dann brachte Genosse Krause noch die Notiz der Dresdenischen Volkszeitung vom 9. April unter "Stiebsch" zur Sprache. Nach Berichten derselben verlangt Genosse Krause Auskunft darüber, ob der Gemeindevorstand das Recht habe, den Schuhmann auf den der Dammgemeinde gehörigen Bildbauruhr zwecks Vornahme von Bestrafungen zu entsenden, und ob es Tatsache sei, daß dieselbe am heutigen Sonntag nachmittags 30 Bestrafungen vorgenommen habe und dafür 15 Prozent der eingenommenen Summe erhalten? Seiner Meinung nach könne wohl die Dammgemeinde den Bendatmen vermissen, den Tomm zu bewohnen, aber nicht den von der politischen Gemeinde Stiebsch bezahlten Schuhmann. Demgegenüber bemerkte Herr Vorstand, daß er zu einer Auskunft nicht verpflichtet sei, da es offizielle wäre, wolle aber in diesem besonderen Falle darüber ausschluß geben. Er habe nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht als Ortspolizei, der Dammgemeinde, die aus ortsaussässigen Bürgern bestehet, ihr Eigentum zu schützen. Es seien an dem beschworenen Sonntag nicht 30, sondern "nur" 16 Bestrafungen erfolgt. Prozentuale Bekämpfung des Schuhmann nicht, ob früher solche gezahlt werden seien, darüber werde er nach Einsicht in die Akten in nächster Versammlung berichten. An der Debatte beteiligten sich noch einige Personen, die den Vandalsmus, den der Städter auf Wiesen, Feld und im Wald anrichtete, beschwerten. Unsere Vertreter bemerkten, daß es sehr schade sei, wenn Städter auf Wiesen, Feld und Wald ungestraft aufziehen.

Niederhäßlich. Die Genossen werden aufgeschebert. Sonntag
am 18. April, vormittags 10 Uhr, in Seiferts Restaurant
(älterer Hermannus) zu einer notwendigen Bejaßung sich

Potschappel u. Umg. Den Mitgliedern zur Kenntnis.
ob unsere Gruppenversammlung erst am 19. April stattfindet.

Burg. Morgen Sonnabend, abends 8 Uhr, findet öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Ottendorf-Moritzdorf. Der Bildungsausschuß der organisierten Arbeiterschaft veranstaltet morgen Sonnabend, abends 8 $\frac{1}{2}$, Uhr, einen Lichtbildvortrag. Genossen ront, Dresden, wird über die Sächsische Schweiz reden; dabei werden 100 Originalaufnahmen vorgeführt. Zu diesem Vortrag will der Ausschuß uns mit den steigenden Naturschönheiten der Sächsischen Schweiz vertraut machen. Es ist zu erwarten, daß die Arbeiter sich mit ihren Frauen sehr zahlreich einfinden. Preis der Plätze 20 Pf., für Jugendliche unter 18 Jahren 10 Pf.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Folgen der Arbeitslosigkeit.

Eines Tages im Januar hatten sich beim Arbeitssuchen der Schriftleger Karl Richard Lohse, der Buchdrucker Albert Benedig und der Konditor Walter Matthes getroffen. Nach verschiedenen Verhandlungen, Beleidigung zu finden, waren sie nach Roßplatz gekommen. Da sie Hunger, aber kein Geld hatten, brachten sie in Häusern des Arbeiterplatzes und milde Gaben an. Bei dieser Gelegenheit stahl L. in einer Süßerei zwei Paar Schuhe und in einem Delikatesengeschäft einen Schinken. Schuhe und Schinken wurden zu einem Palet verpackt und man wanderte die Grundstraße hinauf nach Süßau. In der Gastwirtschaft von W. saßen L. und R. mit dem Palet ein, während sich R. die Treppe hinauf begab und aus einer offenen Stube eine Hose des Wirtes und einen Paletot stahl. Auf der Straße trafen alle drei wieder zusammen. L. schenkte einen der Kollegen die Hose, dem anderen den Paletot. R. entfernte sich und war unterwegs den Paletot weg. Das Kleid ist etwas später R. mit der Hose. Wütternde Worte kamen der Gaffmire den Diebstahl gemeldet und in Roßau ließen L. und R. dem Ortsbeamten in der Martin-Luther-Straße ein Gericht gefallen. L. bei dem Rückfall ins Gefängnis, wurde zu 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis und R. zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. R. erhielt wegen Begünstigung und Habserei 2 Monate Gefängnis.

Kindermisshandlung.

Die Gußstahlarbeiterin Anna Weißner ist Mutter von sieben Kindern im Alter von 5 bis 22 Jahren, außerdem hat sie eine zwölfjährige Mädchens als Kind, von dem ihr Mann Vermund ist. Die Familie W. wohnt in Polzschappel. Das Kind ist schon in den verschiedensten Händen gewesen. Da aber die anherrliche Mutter mit dem Kind nicht Ordnung hält, schaut es sich die Leute immer wieder vom Halse. Am 9. November brachte es R. wieder mit nach Hause an seiner Frau, die es ganz im Anfang ihres einmal $\frac{1}{4}$ Jahr verpflegt hatte. Sie war, da sie ihren Arbeit genug hatte, nicht gerade erbaut davon. Da das Kind noch ihre Erfahrung sehr unreif ist, batte sie es oft mit einer Klopfspitze peitschen. Nachbarsfrauen, die das Schlagen und Schimpfen der Viehhalter und das Weinen des Kindes oft hörten, machten der Kinderzugscommission Mitteilung und diese veranlaßte eine ärztliche Untersuchung des Kindes. Der Arzt, Dr. med. Goldammer, erklärte als Sachverständiger, er habe gestaunt, als er das Kind sah. Der Körper war mit grünen und blauen Schwüren bedeckt. Es gingen auch Streichen über das Gesicht. Die Auslagen die Schmutz, das sie es „nur“ mit den Fingern einer Klopfspitze und mit dem Hader geschlagen habe, können nicht zurück. Es muß wohl auch mit dem Stock zugeschlagen worden sein. Das Gericht erkannte unter Annahme mildernder Umstände auf 3 Monate Gefängnis.

Schöffengericht.

Wegen Kindermisshandlung

machte sich die Klempnerin Anna Hedwig Röder geb. Preißler verantwortlich. Die Angeklagte betrachtete einen Wirt mit vier Kindern. Neben den Kleinkindern hatte sie noch zwei eigene Kinder. Sie soll eine sechzehnjährige Kleinkinder Margarete längere Zeit hindurch wiederholt mit einem Ausklopfen und einer Rute misshandelt haben. Zu der Verhandlung waren die Zeuginnen, zwei Frauen aus dem Hause und das angeblich misshandelte Kind selbst als Zeugen geladen. Die Angeklagte bestritt entchieden, daß dem Kind gegenüber leichtlos verboten und es misshandelt zu haben. Hin und wieder habe sie das Mädchen allerdings züchtigen müssen, die Strafe wäre aber nicht übermäßig schwer gewesen. Da dem einen Knecht verliegt sei dem Mädchen einige Schläge mit dem Ausklopfen auf den Rücken, weil es dem ausdrücklichen Verbote des Wirts widerte für die im Hause wohnende Haushaltungszeugin Gabler eingetragen habe. In einem zweiten Falle schlug sie das Mädchen mit der Rute, weil es sie fortgesetzt beobachtet hatte. Das Mädchen hatte der Wirt nach und nach 14 R. aus dem Portemonnaie entwendet, während diese frisch zu Bett lag. Nur das gestohlene Geld lasse sie sich nicht räumen. Bei der Züchtigung mit der Rute kam ein Schlag in das Gesicht, wodurch Streichen entstanden. Nach der Behauptung der Angeklagten in dies unüblich durch geschehen, daß sie das Kind plötzlich umbrachte. Wehr als was die Angeklagte angab, wurde durch die Beweisaufnahme nicht erwiesen. Von der Angeklagten wurde gelöst gemacht, daß ihre Kleinkinder früher ein ganz gutes Mädchen war, das soft nicht gebrüllt zu werden brauchte nur durch den Einfluß der Belastungszugang Gabler eingetragen habe. In einem zweiten Falle schlug sie das Kind gegen sie (die Angeklagte) eingeschlossen habe, sei das Verhältnis schlechter geworden. Das Mädchen hätte das Bettwesen an ihr verloren, wurde nachhaltig und verstorben. Die anderen Kleinkinder hat die Angeklagte gut behandelt. Das Gericht erblieb in dem Ausklopfen und der umgekehrten Rute nach der Art ihrer Verwendung seine gefährlichen Werkzeuge im Sinne des Gesetzes, sondern nur ungeeignete Züchtigungsmittel. Eine Leberverschreitung des Züchtigungsgesetzes liege nicht vor. Die Angeklagte wurde daher freigesprochen.

Vandalen.

Wegen gemeinschaftlicher Sachbeschädigung und Misshandlung wurde gegen den Ziegelstricker Paul Alfonso Töpler und die Arbeiter Albert Georg Wachholz und Hermann Friedrich Kerche verhandelt. Kerche sagte zu seinen beiden Freunden eines Tages: „Wie können wir dann hier mal diese Sache auf den Stoff stellen?“ Gewiss war damit die Schankwirtschaft von Hause am St. Pauli-Friedhof, R. und L. waren darum nicht verlegen. Alle drei begaben sich darauf in die Wirtschaft und brachten einen Stoff mit einem Gast vom Jause. Es dauerte nicht lange und eine Brüderlei war im Gange. Kerche machte sich inzwischen fort, und seine beiden zwölfjährigen Freunde hauften nun in dem Lokal wie Vandalen. Ein geschlagenen Lisch und Stühle, nahmen sogar den Tisch auseinander und mischendeten den Wirt. Wachholz und Töpler müssen das „Bergmänner“ mit 9 Monaten Gefängnis büßen, während Kerche mit 2 Wochen Gefängnis davontam.

Unter dem Eindruck des Altkohlentreibrauchs

handelte der Kesselschmied Max Karl Weißner, als er in der Nacht zum 9. Februar in die Schankwirtschaft zur Kuh kam und sich dort neben den Küssler Horster setzte, der mit anderen Gästen Marie spielte. Er redete fortgesetzt auf R. ein und als der sich das verbot, beleidigte er ihn. R. beleidigte wieder und legte schließlich dem P. die Hand auf den Mund, wie er sagte. Auf deutsch heißt das, er gab ihm eine Ohrfeige. Nun erwartete er die Entfernung der Tätigkeit. Da diese ausdrücklich saßte er sich wieder hin, erhielt aber im nächsten Augenblick einen mächtigen Schlag mit dem Viergild an den Kopf. Das Viergild zerbrach und R. wurde nicht unerheblich verletzt. Das Gericht erblieb in der Tat nicht nur eine gefährliche Körperverletzung, sondern auch einen hinterlistigen Überfall. Die Angeklagte will sich auf den ganzen Vorhang nicht befreien können, weil er total veranschlagt war. Das Gericht verurteilte ihn zu 8 Monaten Gefängnis.

Gamswiet und Kiefer.

Der Haubochse Höhle führte mit einer Firma, die von ihm gemietet hatte, einen Prozeß, in dem der Buchhalter Max Rothe als Zeuge vernommen wurde. Höhle machte dem Buchhalter in der Folge den Vorwurf des Weinleibes und die beiden waren spinnende entgegenseitig. Eines Tages kam es zu einer tödlichen Auseinandersetzung im Treppenhaus, wobei der Buchhalter den Haubochse verprügelte und ihm drohte, doch er ihn totzuschlagen werde, wenn er ihn mal unter Auge treffe. Nach Ansicht des Gerichts liegt nur einfache Körperverletzung und Bedrohung vor. Rothe wurde zu 40 Pf. Strafe verurteilt.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 10. April.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung der Antrag des Stadtverordneten Grüninger und Genossen wegen Herstellung eines Laubenganges an der Wilsdruffer Straße.

Dazu liegt folgendes Ratschreiben vor: Gegen die Planung des Laubenganges sei von den verschiedenen Seiten Widerspruch erhoben worden. Diese Widersprüche seien noch nicht allenfalls im Rechtmäßigkeitsstreit entschieden. Aus diesem Grunde erscheine gegenwärtig im Interesse der Stadt eine öffentliche Diskussion in der Angelegenheit mehr ratsam. Die Mehrheit der Abgeordneten der Wilsdruffer Straße gegen das Laubengangs-Projekt seien von der Kreischaupräsidialversammlung verworfen worden. (Lebh. Hör. hörth.) Das Ministerium neinte auch eine wohlwollende Stellung, so daß mit einer baldigen Beilegung der Hemmungen zu rechnen sei, die bisher die Ausführung der Planung entgegengestellt. Halls sich aber die definitive Entscheidung noch längere Zeit hinauszögern sollte, werde der Rat ver suchen, die Räume der zum Abriss bestimmten Gebäude vorübergehend noch zu vermieten.

Der Vorsteher hält durch diese Auskunft den Antrag Grüninger für erledigt und will daher den Punkt ablegen, steht aber auf lebhaften Widerspruch.

Stadt. Kohlmann hält mindestens den dritten Teil des Antrages (Aufstellung eines Holzmodells) durch das Ratschreiben für nicht erledigt und besteht auf sofortiger Verhandlung des Antrages.

Stadt. Grüninger kann nicht verstehen, warum die Sache gehalten werden solle. Die Sache sei doch bereits durch die Presse so bekannt geworden, daß durch ihre öffentliche Bekanntmachung im Kollegium die Interessen der Stadt nicht mehr gefährdet werden könnten. Das Verfahren des Rates sei sehr eigenartig.

Stadt. Röpke (Soz.): Die Behandlung des Antrages hat keinen Zweck mehr, da die Antwort, die der Rat offenbar darauf geben kann, uns doch bereits vorliegt.

Gegen 26 Stimmen wird indessen die Behandlung des Antrages beschlossen.

Stadt. Kohlmann begründet darauf seinen Antrag. Als das Kollegium zur Jahreswende die Errichtung eines Laubenganges beschloß, habe es mit dem baldigen Abriss der alten Gebäude gerechnet. Nun ständen sie noch immer da, die Stadt aber sei um die Wiedererrichtung eines Vierteljahrs gekommen. Die gegen die Planung eingegangenen zahlreichen Widersprüche hätte der Rat vor Beendigung der Gebäude erledigen lassen müssen. Die Anlieger würden sich bei der ersten Instanz nicht beruhigen, sondern das Oberverwaltungsgericht anrufen. Infolgedessen könne noch lange Zeit vergehen und die Niederlegung der Gebäude noch lange auf sich warten lassen. Die Aufstellung eines Holzmodells empfiehlt sich aber deshalb, weil man dann erst ein richtiges Bild davon gewinnen würde, ob Verleihshindernisse durch den Laubengang entstehen werden oder nicht. Es werde sich dann zeigen, ob der geplante Wechsel des Kollegiums richtig gewesen sei.

Stadt. Scholz beantragt, den Rat um Auskunft zu ersuchen, wie er die lärmenden unter Lauben liegenden Geschäftsräume der Wilsdruffer Straße mit den jetzt geltenden Vorschriften der Wohnungsaufstellung und Raumförderung in Einklang bringt.

Stadt. Radisch ist für den Antrag Grüninger.

Stadt. Hettner ersucht den Rat um Auskunft darüber, ob es wahr sei, daß auch von privater Seite die Errichtung von Laubengängen an der Wilsdruffer Straße geplant sei. Er halte die Sache technisch weiterer Laubengänge für ausgeschlossen. (Ausruf: Warum denn?) Röpke spricht sich gegen den Antrag Grüninger aus. Durch eine Verminderung der Räume bis zum endgültigen Abriss werde die Angelegenheit nur verzögert. Die Aufstellung eines Holzmodells sei keine glückliche Idee. Das ein solches zeigen könne, das sei auch aus dem schon jetzt vorhandenen Unterlagen zu erkennen.

Stadt. Röpke (Soz.): Punkt 1 des Antrages ist bereits durch die Auskunft des Rates erledigt. Trotzdem werden wir dafür stimmen, da wir nichts dagegen haben, wenn der Rat seine Auskunft eventuell noch erweitern sollte. Was die Wiederherstellung der Gebäude betrifft, so würde man, wenn man gewußt hätte, daß sich die Sache so lange hinausziehen würde, damals gewiß noch nicht der Planung nähergetreten sein. Eine andere Frage ist es aber, ob es überhaupt möglich sein wird, Wieder auf so kurze Zeit für die jetzt leserlichen Räumlichkeiten zu finden, wenn man nicht gerade Überdachung aufnehmen will. (Ausrufe.) Höchstens wird sich noch ein Namenshauer dort für kurze Zeit niederlassen. Da wir auch vom Rat gehört haben, daß die endgültige Entscheidung nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen dürfte, werden wir gegen diesen Punkt des Antrages Grüninger stimmen. Auch die Aufstellung eines Holzmodells halten wir nicht für nötig. Wenn man in Berlin dies methodisch getan hat, so nur, um zu sehen, wie der geplante Bau in Städtebau wirken werde. Hier sei das nicht der Fall, sonst müßte das ganze Haus im Holzmodell vorgeführt werden. Das ist aber wegen der Höhe der Kosten nicht möglich. Hinter dem Antrag Grüninger stehen einige Interessenten außerhalb des Kollegiums, die aber verneinen, daß der Rat und Künstler Motiven zu dem Projekt des Laubenganges gekommen ist, und jüngst die nur kleine egotistische Interessen in Frage kommen. Und diesen Gründen können wir uns auch nicht für den dritten Teil des Antrages erwärmen; wir werden des gegen stimmen.

Bürgermeister Dr. Krebschmar bemerkt, daß dem Rat nichts bekannt ist, daß noch weitere Laubengänge in der Wilsdruffer Straße geplant sind, und besteht sich im übrigen auf die bereits erteilte Auskunft des Rates, der sich auch keine weiteren Entwicklungen vorbehält.

Stadt. Kohlmann ist für den Antrag Grüninger.

Stadt. Kotte ist für Errichtung eines Holzmodells.

Stadt. Thierfelder ist der Überzeugung, daß man vor nächstem Sommer mit dem Neubau nicht beginnen könne. Eine Verminderung der jetzt leserlichen Räume sei also empfehlenswert und möglich. Es besteht auch die Veranlassung, die „Urruhe“ in der Bürgerstadt, die wegen des Laubengangs-Projektes bestehen, durch Errichtung eines Modells zu befreien.

Stadtbaudirektor Scholz kann sich nicht denken, daß die Mehrheit des Kollegiums — der Wechsel sei damals gegen 12 Stimmen gefaßt worden — seinerzeit bei Genehmigung des Laubenganges nicht gewußt habe, was für Beschäfte und welche Konsequenzen daraus entstehen. Die Minorität von damals glaubte heute, mit anderen Mitteln den früher gesetzten Wechsel zu halte und die Sache in ein anderes Fahrwasser bringen zu können. Er enthalte sich, heute auf die Sache nochmal einzutreten, und wolle nur darauf hinweisen, daß die Laubengänge niemals verleihsfähig wirken werde, da ja die volle Breite für den Verkehr bleibe. Der Laubengang an der Wilsdruffer Straße werde eine andere Struktur erhalten als der am neuen Schauspielhaus und deshalb auch ganz anders wirken.

Stadt. Gregor: Neben die Frage herrscht allerhings in der Bürgerstadt eine Erregung, die aber durch Stimmenzählung nicht von anfang an klarlich erzeigt wird.

Stadt. Bud (Soz.) bezeichnet die Annahme des Kollegen Thierfelder, die diejenigen, die erst für den Laubengang gestimmt haben, durch Aufstellung eines Modells anderer Meinung werden könnten, als unrichtig. Das Modell könnte selbstverständlich rechtzeitig aufgestellt werden, wenn die alten Gebäude vollständig abgebrochen seien. Das würde aber eine kolossale Vergrößerung der ganzen Angelegenheit bedeuten, da die Vergabe der Arbeiten durch das Bauamt vorläufig nicht erfolgen könne, auch würde ein Holzmodell ganz anders als ein Bau aus Steinen. In der Bürgerstadt herrscht eine erregte Stimmung, weil einige wenige Herren, die sich mit der Sache nicht befremden können, sich dagegen zu ihren Zwecken zu ihrem Zweck verleihbar gemacht haben.

Der Vergleich mit dem neuen Schauspielhaus und dem künftigen Gebäude an der Wilsdruffer Straße hinde. Das Oberverwaltungsgericht könne übrigens auch schnell arbeiten, wie die Rathausaufstellungen gezeigt hätten. Er erinnerte auch daran, daß in einer

früheren Eingabe aus Archivienkreisen eine Verbreiterung der Wilsdruffer Straße überhaupt nicht für notwendig bezeichnet wurde, sondern nur eine Verbreiterung an ihrem Eingang durch Unterquerung.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird hierauf angenommen. — Auf Antrag des Stadt. Kohlmann wird über Punkt 3 des Antrages Grüninger (Nobellausstellung) namentlich abgestimmt. Punkt 1 des Antrages wird mit großer Mehrheit abgelehnt, Punkt 2 (Vermehrung) mit 29 gegen 25 Stimmen angenommen und Punkt 3 mit 42 gegen 35 Stimmen abgelehnt. Die Aufstellung eines Holzmodells ist also abgelehnt worden. Der Antrag Scholz findet einstimmige Annahme.

Ein Antrag des Stadt. Mödel und Genossen geht dahin, den Rat zu ersuchen, darüber Auskunft zu geben, ob die Spielplätze des Vereins „Wolfswohl“ im Heidepark durch die dort zu bebauende Bauleitfähigkeit gefährdet erscheinen.

Stadtrat Dr. Krüger gibt eine beruhigende Erklärung ab. Es sei nur beabsichtigt, einen weiteren Streifen der Verbauung zu erlauben. Die Spielplätze würden dadurch nicht betroffen. Das Finanzministerium sei sogar bereit, einen langfristigen Pachtvertrag bezüglich der dortigen Spielplätze abzuschließen. — Damit ist diese Angelegenheit erledigt. — Neben die

Erlösung einer Abberatung auf der Schlachthofinsel

berichtet Stadt. Niedenführ für den Verwaltungsausschuß, der beantragt, die Nobellvorlage gemäß Planung und Kostenanschlag zu genehmigen und die Baufosten von rund 688 000 R. sowie die durch den Bau fällig werdenen Anliegerleistungen von 18 100 R. zu bewilligen, sowie den Rat zu ersuchen, wegen der Verwaltung der Verleihungsanstalt eine neue Vorlage herzugeben. Das Ausschüßtäglichen wird ohne Debatte zum Beschluss ersehen.

Beiter beschließt das Kollegium, die Verbreiterung des Geheinrichsstraße zwischen der Radebeuler und der Fritz-Reuter-Straße vorläufig in der vorgesehenen Ausdehnung von 25 Metern zu genehmigen und das Land, soweit nötig, zu enteignen.

Die Stadtverordneten hatten auf Antrag der äußersten Linken am 8. Oktober 1912 beschlossen, den Rat zu ersuchen,

Mahnahmen zur Einziehung des unter den geringen beobachteten Angehörenden und Arbeitern herrschenden Notstandes

am ergreifen. Der Rat lehnt es ab, diesen Antrag zu entsprechen. (Sie haben bereits vor einigen Tagen die Angelegenheit behandelt.) Der Finanzausschuß (Berichterstatter Stadt. Knauth) empfiehlt, von dem Staatschultheiß ein Abkommen einzutragen.

Stadt. Bud (Soz.): Es ist immer eine unbefriedige Aufgabe, im Kollegium von Arbeitserangelegenheiten und Arbeitserfordernissen zu sprechen, weil ein Preisnotstand dafür nicht vorhanden ist (Lebh. Ober-Rüke). Bei den bürgerlichen Webereien, wie es notwendig wäre, kann ich will mich gern korrigieren, wenn noch mein Antrag, den ich einbringe, eine eindringliche Notwendigkeit ist. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Bevölkerung der Bevölkerung eine solche Arbeitserfordernis eine wesentliche Steigerung erlauben haben, und jetzt, wenige Monate später, sagt der Rat gerade das Gegenteil. Im Dezember 1912 noch eine enorme Preissteigerung und im März 1913 endet der Rat plötzlich, daß ein Preisnotstand bzw. sogar ein Preisrückgang eingetroffen ist. Wir haben den Wechselkoeffizienten für die Beamten gern zugestimmt, weil wir wußten, daß die betreffenden Kreise diese Regelung sehr angenehm empfunden werden. Die Stadt hat nun 4100 Arbeiter, auf die ein Durchschnittsalos von 1200 Mark im Jahre kommt. Dabei hat der größte Teil von ihnen noch für eine zahlreiche Familie zu sorgen. Das bedeutet, unter welch großen Opfern diese Leute bemüht sein müssen, das Gleichtgewicht in ihrem Haushalt herzustellen. Wenn diesen Leuten, denen seit Oktober 1912 Hoffnungen gemacht worden sind, dasselbe Entgegenkommen geweigt würde, wie es den Beamten bewiesen worden ist, dann müßte der Berichterstatter in der Lage sein, ein anderes Gutachten zu erläutern.

Stadt. Bud (Soz.): Punkt 1 des Antrages ist bereits durch die Auskunft des Rates erledigt. Trotzdem werden wir dafür stimmen, da wir nichts dagegen haben, wenn der Rat seine Auskunft eventuell noch erweitern sollte. Was die Wiederherstellung aller Lebensmittel betrifft, und jetzt ein halbes Jahr später, sagt der Rat kurz und bündig, es liegt eine Notwendigkeit vor, Wachnahmen zu ergreifen, weil schon 1911 und 1912 eine Aufbesserung der Arbeitsergebnisse erfolgt sei. Nun, man sollte doch auch nicht verkennen, daß die Arbeitnehmer sehr stark sind, denen es zu verdanken ist, wenn die Stadt in diesen Betrieben bedeutende Liebhaber ist. Deshalb sind wir, denen seit Oktober 1912 Hoffnungen gemacht worden, und zwar in der Lage, und gegen stimmen.

Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, dem Ergebnis der Stadtverordneten vom 8. Oktober 1912 entsprechend erneut in Beratung über Wachnahmen zur Hebung des wirtschaftlichen Notstandes der städtischen Arbeit (Barfuß aus der Innungsverordnetenkollegium eine diesbezügliche Vorlage zugehen zu lassen. Wenn man den Arbeitern nur die Hälfte von dem bewilligt hätte, was man den Beamten gegeben hat, so würde sich von ihrer Sicherheit in der Regierung auch ein Dankesbrief befinden, daß sie es vornahmlich sind, denen es zu verdanken ist, wenn die Stadt in diesen Betrieben bedeutende Liebhaber ist. Deshalb sind wir aber auch verpflichtet, den Leuten nach Möglichkeit entgegenzukommen. Wenn man den Arbeitern nur die Hälfte von dem bewilligt hätte, was man den Beamten gegeben hat, so würde sich von ihrer Sicherheit in der Regierung auch ein Dankesbrief befinden, daß sie es vornahmlich sind, denen es zu verdanken ist, wenn die Stadt in diesen Betrieben bedeutende Liebhaber ist. Deshalb sind wir aber auch verpflichtet, den Leuten nach Möglichkeit entgegenzukommen. Wenn man den Arbeitern nur die Hälfte von dem bewilligt hätte, was man den Beamten gegeben hat, so würde sich von ihrer Sicherheit in der Regierung auch ein Dankesbrief befind

Wirtschaftliche Umschau.

Die Kapitalkonzentration in den Vereinigten Staaten.

Vor einigen Tagen ist in Rom der mächtigste Kapitalmagnat der Welt, John Pierpont Morgan, gestorben. Die bürgerliche Presse hatte natürlich für den Verstiegenen nur Lobesworte, suchte nach ihrer Art seine gewaltige Kapitalmacht aus Kosten seiner Persönlichkeit zu sehen, und hob seine Verdienste als Kunstsammler hervor. Wollte man aber eine wirkliche Geschichte des Hauses Morgan schreiben, so würde sie einem Kriminal-Roman sehr ähnlich sein. Auf einem Haufen von Leichen und vernichteten Existzen ist Pierpont Morgan in die Höhe gestiegen...

Morgans Kapitalmacht beschränkte sich nicht auf Amerika. Die Vereinigten Staaten waren aber der Röhrboden, aus dem sein Millarden-Vermögen gewachsen war. Der Reichtum dieses Landes stieg rasch und rasant. 1860 wurde das Gesamtvermögen in den Vereinigten Staaten auf 7 Milliarden Dollar geschätzt, 1900, also nach fünfzig Jahren, machte dieses schon 88 Milliarden aus. In fünfzig Jahren ist also das Vermögen um 80 Milliarden gewachsen. 1910 wird es wohl mindestens 120 Milliarden betragen.

Die Vereinigten Staaten als ein gewaltiges unbestelltes Land mit wertvollem Boden und reichen Mineralvorkommen wiesen eine ungewöhnlich hohe Arbeitsproduktivität auf. Für die Landwirtschaft z. B. berechnet Ballod, daß die Arbeitsproduktivität dort etwa zweieinhalb bis drei, stellenweise gar vier- bis fünfmal so groß ist als in Deutschland. Der gewaltige Umfang des Landes gestattete former vornehmlich Kleinunternehmungen, mit den besten Maschinen ausgestattet, ins Leben zu rufen, weil man für einen sehr großen Markt arbeiten konnte. Dadurch ergabt man auch in den Fabriken eine außergewöhnlich hohe Arbeitsproduktivität. Daher das erstaunlich rasche Anwachsen des Vermögens.

Wie ist aber diese Entwicklung zugute gekommen? Nicht dem Bauer oder dem Arbeiter, nicht den wirklich Arbeitenden, sondern den Kapitalmagnaten. Nach den Angaben des Census von 1900 besaßen im ganzen 260 251 Personen nicht weniger als 67 Milliarden; 8,4 Millionen Personen nannten weitere 1 Milliarden ihr "Eigentum", während die übrigen 20,4 Millionen Personen insgesamt 4 Milliarden hatten.... Der gesamte Vermögenszuwachs ist in die Hände "des Häufelns von Milliardären übergegangen. Wie ist dies geschehen?

Die nach Amerika in Massen überwanderten Bauern und Arbeiter hatten von den Vorteilen, die die Arbeit dort gewährte, gar keine Ahnung. Sie begnügten sich mit einem etwas größeren Lohn und Verdienst als in Europa und schufen so den Unternehmern die gewaltigen Schäfe. Auch die für sich auf ihrer eigenen Scholle arbeitenden Bauern konnten nicht viel mehr herausbringen. Um ihr Betriebe zu verlaufen, mußten sie es auf den Markt schicken, das heißt, die Bahn benutzen, die den Bauer um einen großen Teil seines Gewinnes brachte. Monopolisierung der Bahnen und darauf gestützte hohe Tarife waren eines der gebräuchlichsten Mittel in den Händen der Kapitalmagnaten, um sich die Früchte der bauerlichen Arbeit auf dem jungenbürtigen Boden anzueignen.

Doch man auch bei dem Bau der Bahnen große Verbündete, versteht sich von selbst. So stellte eine Kommission fest, daß der Bau der Pacific-Bahn nur 80 Millionen gelöst hat, während die Bahngesellschaft der Regierung 94 Millionen anrechnete. Zu diesem "Verdienst" von 44 Millionen kamen aber noch 27,3 Millionen Subventionen und 12 Millionen Ader Land gratis. Damit noch nicht genug. Die Gesellschaft bestahl einfach die Regierung, indem sie 7 Millionen Ader verkaufte, ohne irgend welche Gegenleistung von der Regierung dazu zu haben. Ebenso wurden von den Kohlenfeldern von unberechenbarem Wert auf betrügerische Weise angeeignet.... Die parlamentarische Kommission stellte dann fest, daß die Union-Pacificgesellschaft in achtzehn Jahren nicht weniger als über 178 Millionen Dollar als Reingewinn eingehemmt hat, ohne selbst ein nennenswertes Kapital dazu zu verwenden....

Auch Morgan hat seine Ausbahn quer auf dem Gebiet der Eisenbahnen begonnen und hier eine überwältigende Macht erlangt. Alle reine Morgan-Bahnen werden bezeichnet: Atlantic Coast Line (mit Louisville und Nashville), Streckenlänge 11.784 Meilen; Southern Railway, Länge 7.489 Meilen; Erie, Länge 2.881 Meilen; Chicago and Great Western, Länge 1.498 Meilen.

Unzweifelhaft ist auch das wichtige New York, New Haven und Hartford-System, das eine 2500 Meilen umfassende, vollständig dem Morganschen Einfluß unterworfen, obwohl angesichts der Zusammensetzung des Direktoriums von mancher Seite die Bahn zu den "unabhängigen" gerechnet wird. Neben den Bahnen, die Herr Morgan unbedingt kontrolliert, ist er noch in hervorragender Weise an allen Trassenlinien des Ostens und an manchen Westbahnen interessiert, so daß er sicher bei der Hälfte der amerikanischen Landstrassenmeile einen ausschlaggebenden oder doch einen sehr gewichtigen Einfluss ausübt.

Wie Morgan bei seinen Eisenbahnunternehmungen vorging, ist, dafür nur ein Beispiel aus der jüngsten Zeit. Die Hamilton- und Dayton-Bahn stand vor dem Bankrott. Morgan forderte aber von der Erie-Bahn, sie solle ihm die Aktien dieser Bahn zu 100 Dollar per Stück ablaufen. Diesem Verlangen kam die Bahn aber nicht nach. Da nahm Morgan eine Reorganisation vor, wobei nicht er als Besitzer der Aktien die Verluste auf sich nahm, sondern die Aktieninhaber dies tun mußten, während Morgan daraus seine Aktien mit Gewinn an die Baltimore- und Ohio-Bahn abtrug.

Die Monopolisierung der Bahnlinien genügte ihm keineswegs; er wollte auch den Wasserverkehr sich unterwerfen. Er beauftragte sich der Küstenschiffahrt, suchte auch den transkontinentalen Transport zu vertragen, was ihm jedoch nur teilweise gelang. Er mußte sich mit den deutschen Reedereien verständigen und gemeinsam den nordatlantischen Pool schließen.

Ein weiteres Mittel, wie Bauern, wie die kleinen Kapitalisten um ihr Vermögen zu bringen, liegt bekanntlich in der Börsenspekulation. Die amerikanischen Kapitalisten verstehen sich darauf sehr gut. Nicht etwa deshalb, weil sie besondere schriftstellerische Börsenspieler sind, nein, aus dem einfachen Grunde, weil die in ihren Händen konzentrierte Kapitalmacht ihnen die Möglichkeit gewährt, die Börse nach Belieben zu beeinflussen. Sie können sich für ihre

Papiere den Markt "schaffen", um die kleinen Kapitalisten angulieren und dann, wenn sie die Papiere schon abgestoßen haben, einen Kieselfluss auf der Börse herbeizuführen. Auf diese Weise sind unheureiche Vermögen in den Händen weniger Magnaten gesammelt worden.

Ein Beispiel von vielen sei hier erwähnt. 1902 wurde eine Schiffbaugesellschaft gegründet und zwar von Strohmännern des Präsidenten des Stahltrusts. Diese Gesellschaft übernahm bald eine Reihe von anderen Gesellschaften, darunter die Bethlehem Steel Company, insgesamt auf 12,5 Millionen Dollar. Ein falscher Bericht von Revisoren gab den Wert der Anlagen der neuen Gesellschaft auf 20 Millionen an. Aktien wurden aber für 71 Millionen ausgegeben, von denen sich Schwab, der Präsident des Stahltrusts, 20 Millionen als Gründergewinn nahm. Für die Bethlehem Steel Company, die Schwab 7,20 Millionen gelöst hatte, erhielt er nicht weniger als 30 Millionen, allerdings mit der Bedingung, der Morganbank 5 Millionen abzuführen.

Nachdem nun ein großer Teil der Aktien ins Publikum abgesetzt wurde, ließ Schwab das ganze Unternehmen zusammenbrechen, indem die Bethlehem Steel Company sich weigerten, sich auszuschließen. Da die Schiffbaugesellschaft keine anderen Einnahmen hatte, so mußte sie sich knapp 5 Monate nach ihrer Gründung Bankrott erklären. Schwab verdiente dabei 40,5 Millionen Dollar, rund 200 Millionen Mark.

Die gewaltige Arbeitsproduktivität in den Fabriken machten sich die Kapitalherren Amerikas in der Weise zunutze, daß sie sich zusammen schlossen und dadurch die Preise auch trotz der steigenden Arbeitsproduktivität hochhalten konnten. In dieser Hinsicht ist insbesondere der Stahltrust, das größte Unternehmen Morgans, von Interesse.

Der Stahltrust wurde 1901 gegründet. Er nahm eine große Anzahl von eingelenkten Gesellschaften auf. Die Hauptgesellschaft war die Carnegie Steel Company, die 26 Gesellschaften kontrollierte. Bei dem Übergang in den Stahltrust besaß die Gesellschaft 160 Millionen Aktien und ebensoviel Obligationen und erhielt dafür 800 Millionen Effekten des Stahltrusts. Außerdem traten noch 12 andere Gesellschaften mit 150 Untergesellschaften, darunter 24 Eisenbahngesellschaften, in den Trust ein.

Der Stahltrust produzierte (in 1000 Tonnen):

	1912	1902
Eisenware	28 428	18 083
Kohleproduktion	16 719	9 821
Kohleisen	14 196	7 975
Stahl - Ingots	16 901	9 748
Baum- und andere Produkte	12 504	8 197
Zement	10 114	496

Die Produktion von Fertigprodukten erreichte 90 Prozent der normalen Leistungsfähigkeit der Anlagen", der von Zement 85 Prozent. — Warum bekräftigt er den Eisenmarkt nicht so vollständig, wie beispielweise der Olturz des Kapitalmarkts, aber mittels "Konferenzen" mit den anderen Produzenten gelang es ihm, die Preise immer hoch zu halten, so daß seine Gewinne rasant ansteigen. In den Jahren 1902 bis 1912 hatte er nicht weniger als 842,4 Millionen Dollar Eingewinn, wovon 405 Millionen als Dividenden ausgeschüttet wurden. Das Kapital beträgt 868,8 Millionen, die Verschuldung 683 Millionen, das Eigenkapital 1,0 Milliarden Dollar.

Die Gewinne, die bei der Gründung und Finanzierung dieses Kleinunternehmens gemacht worden sind, sind ungewöhnlich. Aber

Morgan kann seine Ruhe in der Kapitalanhäufung: von der Eisen- und Stahlindustrie ging er zur Elektrizitätsindustrie über, be-

mächtigte sich der Wasserkräfte Amerikas, beteiligte sich an dem

Kupferbergbau und an den elektrischen Bahnen usw. Er war in 50

Gesellschaften als Aufsichtsrat vertreten und soll insgesamt über 28 Milliarden Dollar verwaltet haben, was mehr als ein Drittel des Gesamtvermögens Deutschlands ausmacht. Seine Hauptkraft lag auf dem Gebiete des Bankwesens. Nach Angaben des Korrespondenten der Frankfurter Zeitung stellt sich die Position, die Morgan in der Bankwelt Amerikas eingenommen hat, wie folgt: Der Einfluß Morgans dominierte bei:

A. Nationalbanken		
	Kapital	Depositen
Bank of Commerce	25 Mill.	144.80 Mill.
First National	10 *	93.96 *
Liberty	1 *	19.26 *

B. Trust - Companies		
	Kapital	Depositen
Allied	1 1/4 Mill.	18.14 Mill.
Bankers	3 *	44.48 *
Equitable	3 *	49.18 *
Guaranty	2 *	77.98 *
Mercantile	2 *	57.88 *
New York	3 *	51.28 *
Standard	1 *	15.01 *

Daneben ist Herr Morgan noch sehr stark an der National City Bank interessiert, ein mit 25 Millionen Dollar kapitalisiertes Institut, das 187,00 Millionen Dollar Depositen hat, wie auch an zahlreichen großen Instituten außerhalb New Yorks.

Zu der Lebensversicherungsbranche hat das Haus Morgan

je die Kontrolle über die New York Life und die Equitable. Die Möglichkeit, die enormen Kapitalanlagen dieser Institute in bestimmter Richtung leiten und überhaupt ihre ganze Finanzpolitik beeinflussen zu können, ist, da diese Gesellschaften etwa 1000 Millionen Dollar Aktiva haben, natürlich für das Haus Morgan von höchstem Wert.

Seine Kapitalmacht mußte Morgan in erster Linie zur Festigung seiner industriellen Unternehmungen aus. So kaufte er während der Krise von 1907 die Konkurrenzgesellschaft des Stahltrusts, die Tennessee Coal and Iron Co., auf, ebenso wie 100.000 Aktien der Guggenheim'schen Bergwerke.

Auch außerhalb Amerikas hat Morgan große Interessen, in China, wie in Chile, in London, wie in Paris. In Deutschland war er mit der Dresden-Va n f verbunden.

Natürlich ist Morgan auch eine Macht in der Politik. Er hat einen Vertreter im Staatsdepartement, übt einen starken Druck auf die Regierungen aus. Einmal suchte der Staat Texas eine Anleihe von 845 000 Dollar aufzunehmen. Keine Bank wollte über diese übernehmen, weil, wie Morgans equitative Lebensversicherungs-

gesellschaft an die Behörden schrieb, der Staat Texas „tabulae Versicherungsgesetz“ erlassen habe...

Doch Morgan seine Beziehungen zum Staate finanziell auszunutzen suchte, versteht sich von selbst. Ein Beispiel möge zeigen, wie dies geht. Ein Strohmann Morgans kaufte von der amerikanischen Regierung während des Bürgerkrieges 6000 unbrauchbare Karabiner zu 3,50 Dollar per Stück, um sie später in genau derselben Verfolgung an dieselbe Regierung zu 22 Dollar zu verkaufen. Eine Kleinigkeit von 92 500 Dollar wurde dabei verdient. Über der schweren Masse verschmähte auch welche Kleinigkeiten nicht. Und so ist John Pierpont Morgan aus kleinen Anfängen zum vielleicht reichsten Mann der Welt geworden.

Die Milliardäre Amerikas haben es vermocht, den technischen Fortschritt dieses Landes ihren Interessen dienstbar zu machen, seine Früchte zu expropriieren. Heute, wo sich der technische Fortschritt etwas verzögert, leidet die Volkswirtschaft unter ungeheurem ansteigendem Preis, während die Könige der kapitalistischen Welt aus der Not und dem Elend des Volkes sich eine neue Versicherungssquelle geschaffen haben. Hat aber das Volk die Herrschaft des Kapitals früher leicht genommen, so wird ihm diese jetzt geradezu unerträglich. Der Arbeiter sieht seinen Lohn sinken, der Bauer fühlt sich um die Früchte seiner Arbeit betrogen. Die Unzufriedenheit steigt. Sie hat die politische Macht vorläufig den Demokraten in die Hände gespielt. Wilson will Tarifreformen vornehmen. kaum wird es ihm aber gelingen, wirklich durchgreifende Änderungen vorzunehmen, keineswegs aber die Macht der Trusts zu brechen. So wird hoffentlich auch die Herrschaft der Demokraten nicht von langer Dauer sein. Die Zeit der Morgans naht ihrem Ende. Morgan ist rechtzeitig gestorben. Über den Sozialismus wollte er noch gar nicht reden. Seine Erben werden schon mit dem Sozialismus als einer großen Macht zu kämpfen haben...

Syndikatgewinne.

Ein auffallendes Beispiel dafür, wie die Syndikate die Kunden schafen und auf Kosten dieser gewollte Gewinne machen, bietet die Aluminiumindustrie. Die Aluminiumgewinnung wird in einer kleinen Anzahl von Unternehmungen vorgenommen, die ein Internationales Aluminiumsyndikat gebildet haben. 1908 ging dieses Syndikat in die Brücke, und sofort sank der Aluminiumpreis von 2,25 bis 4 M. pro Kilo auf 1,8 bis 2 M. und 1,25 bis 1,5 M. 1912 kam ein neues Syndikat zustande und der Aluminiumpreis ist wiederum auf 1,75 M. gestiegen. Die Folge davon war ein hoher Gewinn der Aluminiumgesellschaften.

So gibt die Aluminiumgesellschaft Neuhauen bekannt, daß sie ihre Dividende für das letzte Jahr um 6 Prozent auf 20 Prozent erhöht! Gleichzeitig wird auch die Meierei um 500 000 M. gehärtet, die Aluminiumgesellschaft erhält dank dem Internationalen Syndikat geradezu fabelfeste Gewinne. Wie kann man da noch an dem Nutzen von Syndikaten zweifeln — für die Unternehmer natürlich...

Die Bündholzindustrie.

Wie der Frankfurter Zeitung geschrieben wird, befindet sich die Bündholzindustrie immer noch in einer mühslichen Lage. Gleich nach Versteuerung der Bündholzäste ging die Produktion auf 1/4 der früheren zurück. Später wurden etwa 45 Prozent des früheren Umsanges hergestellt. Die geschlechte Montierung setzte die Arbeitszeit auf 45 Prozent der Leistungsfähigkeit der einzelnen Werke fest. Der letzte Dezember brachte einen Steuerrückgang von 170 000 M.

In Mittel- und Westdeutschland liegen die Absatzverhältnisse gegenwärtig besonders ungünstig, weil hier eine größere Anzahl großer und mittlerer Fabriken auf fast ein und dasselbe Absatzgebiet angewiesen ist, während im Süden des Reiches einige wenige Fabriken die Befriedigung des Bedarfs zufällig, indes auch dort liegt man neuerdings über größere Zurüsthaltung seitens der Großstädten, die offenbar glauben, im Sommer sich billiger einzudecken zu können. Das dürfte jedoch ausgeschlossen sein, denn zu den billigen Sorgen, die seit jüngerer Zeit auf der Bündholzindustrie lasten, hat sich in jüngerer Zeit eine neue hinzugefügt: der Mangel an Aspenholz. Die deutsche Bündholzindustrie ist mit verschwindender Ausnahme auf den Bezug dieses Holzes aus Russland angewiesen, da Deutschland wenig Aspen- oder Erlenholz zieht, obwohl sich die Bitterpappel sowohl in reiner als mit Birken und Erlen gemischten Beständen auch bei uns rechtlich entwickelt und ob ihres sehr weichen, leichten und gut spaltbaren Kernholzes doch im Preis steht. Der Vorrat an geschlagenen Aspenholzern ist aber in Russland sehr zurückgegangen; einmal waren die letzten Winter für die Fällung und den Transport der mit Vorlebe im humorigen Gelände gehörenden Bitterpappel ungünstig gewesen, sobald aber ist die Nachfrage durch englischen und kanadischen Bedarf stark gestiegen und bei dem sehr beschränkten Angebot haben die Preise für Aspenholz eine Steigerung von bisher nie geführter Höhe erfahren: preisliche Ware ist nur in ganz geringer Menge zur Stelle und verlangt gegen die regulären Preise seither Jahre nahezu 100 Prozent Aufschlag. Dabei sind die Fabriken ganz auf den guten Willen der russischen Exportanten angewiesen, die überaus unregelmäßig liefern. Bei den meisten Fabriken, namentlich in Mittel- und Westdeutschland, besteht ein beträchtlicher Mangel an Aspenholz, daß aus diesem Grunde Betriebs einschränkungen vorgenommen werden müssen, um den geringen Holzvorrat nicht vollständig aufzubrauchen. Die Preise für Aspenholz liegen aber anscheinlich noch weiter, ohne daß sich jetzt schon sagen läßt, ob es möglich sein wird, diese Preissteigerungen in den Verkaufspreisen für Bündholzäste zum Ausdruck zu bringen.

Soweit die Zuschrift an die Frankfurter Zeitung. Sollten die hier enthaltenen Angaben stimmen, so ist mit einer weiteren und bedeutenden Versteuerung der Bündholzäste zu rechnen. Wenn daran in erster Linie die Preissteigerung des Rohstoffes schuld ist, so mag doch darauf hingewiesen werden, daß es ohne die geistige Montierung den Bündholzfabricanten nicht gelungen wäre, die Bündholzpreise in gleichem Maße wie die des Aspenholzes zu erhöhen, und daß sie sich hätten deponieren müssen, technische Verbesserungen vorgenommen, um auf ihre Rechnung zu kommen. Jetzt brauchen sie dies aber nicht zu tun, ja jetzt ist dies ihnen auch gar nicht möglich, da sie ihre Leistungsfähigkeit nicht anstreben und darüber auch keine kostspieligen Maschinen einführen können. Wie dem aber

Wilhelm Odenwald

19 Wilsdruffer Straße 19

Fernruf 1400. Versand frei nach allen Staaten u. dem Ausland.

**Brot-, Weiss- u. Feinbäckerei
Konditorei von**

Richard Heber (Grätz Nachfolg.)**30 Hopfgartenstraße 30**

ausgeführt täglich frisches [B 849]
Teef., Tafel-, Kuchen- u. Schmalzgebäck
Spezialität: Königstollen, Kaiserstollen, Strudeln,
Platzküche, E. Torta, Teigstöck. Gar. reines Roggenbrot
Frühstück auf Wunsch frei u. plaktilich ins Haus.



Gillnitzer Str. 14 Tel. 5102 | Böthenhauerstr. 24 Tel. 5070
Glaubnitzer Str. 4 Tel. 2257 | Weitnauerstr. 17 Tel. 1696
Glemmardplatz 13 Tel. 4162 | Bösenstr. 48 Tel. 1785
Eisengang Zindfußstraße | Böschstr. 27 Tel. 4598
Zollnerstr. 12 Tel. 2806 | Torgauer Str. 10 Tel. 1589
Bierwirkerstr. 14 Tel. 4871 | Tromperstr. 5 Tel. 2667
Bierwirkerstr. 14 Tel. 4050 | Bierwirkerstr. 11 Tel. 4114
Kontore und Lagerlokale: Böthenhauerstr. 1. Tel. 1684.

Direkt am See lieben wieder eingetroffen und
von ganz vorzüglicher Qualität:

Merlan, belast. etwa 1 Pfund schwere Fische Pfund 12 Pf.

Goldbarsch, ohne Kopf 14 Pf.

Kabljau, ohne Kopf, in fl. geschnitten Pfund 11 Pf.

Schellfisch, "Ole," in Scheiben Pfund 16 Pf.

Angelschellfisch 20 Pf.

in überblannten Fischen bis zu 3 Pf. Pfund 8 Pf.

Seehecht, 1-8 pfändiger Pfund 25 Pf.

Seehecht, ohne Kopf, in fl. geschnitten Pfund 25 Pf.

Heilbutt, prachtvoller fetter 2-4 pfändiger Pfund 35 Pf.

Anständliche gedruckte Kochrezepte gratis.

Von täglich frischer Zubereitung:

Neue Ia Rollheringe

(sog. Berliner Rollmöpse)

Postdose etwa 50 Gold 180 Pf., bei 5 Dosen à 175 Pf.
bei 10 Dosen à 165 Pf.

Neue delikate Gewürzheringe

Postdose etwa 30 Gold 220 Pf., bei 5 Dosen à 215 Pf.
bei 10 Dosen à 205 Pf. [L 212]

Versand prompt gegen Nachnahme.

Hainsberg, Gößmannsdorf u. Umg.

Bestellungen auf Dresdner Volkszeitung, Seele Stunden,
Wahren Jafob usw., sowie auf Anferate und Drucksachen
nimmt entgegen

Oswald Martick, Hainsberg, Neustadt 1 m.

Wichtig für jedermann!

Lesen Sie sich nicht irrführen, verschenken kann
heute niemand etwas. Gute Waren und trotzdem billige
Preise hat nicht jeder; das Herren-Garderobengeschäft von
S. Falik verfügt deshalb, um sich dauernde Kundenschaft zu
erwerben, solange Verrat reicht:

Maßanzüge, wenig gepr. von 8, 12, 16, 20 M. an.

Einz. Jackots u. Hosen von 2.00 M. an

Neue mod. Anzüge, gut sitzend v. 10.00 M. an

Sommerpaletots von 10.00 M. an

Ulster von 10.00 M. an

Wetterpelerinen von 4.75 M. an

Knaben-Anzüge von 8.50 M. an

Gehrocke werden billigst verkauft und verliehen

S. Falik, Dresden

31 II. Gr. Brüdergasse 31 II.

Kunden von auswärts erhalten Fahrvergütung.

Empfohlene prima frischer Qualität:	
Braunschweiger Zervelatwurst	Pfund nur 1.90
Thüringer Rotwurst, geräuchert	Pfund nur 85 Pf.
Holsteiner Zervelat- oder Salamiwurst	Pfund nur 1.55
Marmeladen von allen Früchten	Glas nur 72 Pf.
Sehr feine Tafelbutter	Pfund nur 1.30



Nur Galeriestrasse 11,

Räume des Altmarktes
kaufen Sie von Herrn
Schultheiss wenig teilt.

Wäsche u. Überzieher u. St. 10 an
Hosen, Schuhe . . . u. St. 2 an
Herrnkleider . . . u. St. 10 an
Neue Kleidung aus gutem Stoff von
St. 15 an. Neue Schuhwaren und
Hinter-Garderobe in jed. Preislage
Schrod- u. Grädanzlage u. St. 15 an
und zu verleihen.

Elegante Robäume . . . u. St. 10 an
einfache Blusen, Hände u. St. 2 an
Gesellschaftsfleißer in jed. Preislage

D. Langer. Tel. 1912.

Überzeugen

kann sich jeder!

wo man am billigsten fand.

Die beste Quelle für
Monats-Garderobe

sowohl neue und getragene [A 124]
Anzüge, Ulster, Paletots,
Jackots, Hosen, Schuhe usw.
Damen-Kleider ist und

bleibt nur bei

M. Hausmann

Gr. Brüdergasse 15, I.
Über dem Schlossanlagen.
Gutachten geben Rechnungs-
gleitung. kein Kaufzwang.

Obstweine vom Fass!

Heidelbeerwein, roterrell, Zwetschken
(Blumenmen ästhetisch empfohlen),
Ritter 88 Pf., 10 Ritter 1.35.
Johannisbeerwein (Gänsebein-Cha-
talter), Ritter 78 Pf., 10 Ritter 1.35.
Röder & Herklotz
Bitterbeiß und Fruchtjausepfisse
am See 32. [B 67]

Gardinen

Rechte von 1 bis 5 Meter
spottbillig zu verkaufen.

Starer, Dresden

Grunauer Straße 22, 1. Etg.

Aufruf!!!

Verschenken
Herren-Garderobe

tut niemand, jedoch billig und
gut, z. B. getragene Wäsche-

anzüge v. 6-85 St. Ulster-

Überzieher von 5-80 St.

neue Wäscheanzüge von 8-

12, 15, 18, 21, 25, 28-45 St. kaufen
im Garderobenhaus

Zum Weber

Dresden-Alstadt

17, I. Webergasse 17, I.

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Dresden.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Heinrich Herklotz

am 8. April an Langenzeitlagerung im Alter von 85 Jahren

gestorben ist.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag auf dem

Oberholzer Friedhof statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet der Zweigvereinsversammlung.

Am 8. April ist unter guter Unterhaltung, G. ob. und Schlinger-
wein, Herr Heinrich Herklotz, Maurer, nach langem
Leben sanft entschlafen. Dies zeigen Beileidserklären.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 5/2 Uhr
auf der Halle des Oberholzer Friedhofes statt.

Dienstag abends 10/4 Uhr berichtet pflichtlich und unverzöglich
sein Herr Sohn, unter guter Unterhaltung und
Herr Karl Heinrich Gürtler

Dies geht an in fließender Trauer

Dresden-Rossmühle, Sachsenhäuser Str. 12 [B 668]

Frau verm. Gürtler im Namen der Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonnabend abends 10 Uhr nachmittags

4 Uhr, von der Halle des Oberholzer Friedhofes statt.

Sozialdemokrat. Verein Dresden - Altstadt.

Am 8. April verstarb unser Mitglied

[V 28]

Theodor Düntzschi.

Seine seinem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt Sonnabend den 12. April, nach
1/2 Uhr, auf dem Lößnauer Friedhof.

Der Kollege Martineller

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Dresden

Nach langer Seiden verschied im Alter von 80 Jahren
der Kollege Kutschler

Theodor Düntzschi.

Die Beerdigung erfolgt Sonnabend nachmittag 1/2 Uhr auf
dem Lößnauer Friedhof. Um zahlreich Beteiligung wird erwartet.

Der Kollege Kutschler

Otto Wichert

verstarb ganz plötzlich im Alter von 24 Jahren. Seine Beerdigung
erfolgt am Freitag.

Wir werden das Andenken des Verstorbenen in Ehren halten.

Die Verwaltung.

Allen Verwandten und Bekannten hierüber die einsame
Nachricht, daß mein lieber Mann, unser transportarbeiter Kutschler,
Schwiegervater, Großvater, Sohn, Schwager und Onkel

Herr Franz Wawrzyniak

im Alter von 47 Jahren nach langer schwerer Krankheit Dosen-
sing mit 1/2 Uhr sanft entschlafen ist.

Dies geht in tieffester Trauer an

Wiesenburg, 11. April 1913. Maria von Wawrzyniak und Sohn.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 5/2 Uhr von
der Halle des Oberholzer Friedhofes statt.

Am Mittwoch nachmittag geht nach langer schwerer Krank-
heit mein lieber Mann, der Schwiegervater

Karl Bauer

im 80. Lebensjahr. Am Mittwoch 8. April

Dresden, 11. April 1913, Sachsenhäuser Str. 12, 1.

Oberholz, Gallows, Wiesenburg, Dresden.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 5/2 Uhr von
der Halle des Oberholzer Friedhofes statt.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 5/2 Uhr im

Krematorium zu Leutzsch statt.

[B 667]

Sarrasani

Telephon 17760 und 17812.
Sonnabend u. Sonntag, 3 Uhr u. 7½ Uhr

2 Gala-2 Vorstellungen

In allen Vorstellungen ungekürzt

Wild-West

Sonnabend
nachmittag durchweg halbe Preise
für gross und klein.

Sonntag
nachmittag halbe Preise für Kinder unter 14 Jahren und
Militär bis zum Feldwebelgrade.

Vorverkauf: An der Circuskasse. [L 1065]
Im Warenhaus H. Herzfeld.
In allen Zigarren Geschäften von L. Wolf.

Restaurant - Uebernahme.
Hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich das
Restaurant Elbtal-Brauerei
Dresden - Kaditz, Rankelstraße 54 (K 332)
übernommen habe. Sämtliche Lokalitäten sind renoviert. Alle Nach-
barn, Freunde und alten Bekannten, auch vom Radebeul, bitte ich um
gütige Unterstützung. Für nur erschlaßige Biere, Weine, gute Küche ist
stets gesorgt. Hochachtungsvoll Otto Biehler, früher Vorsthaus, Radebeul.
Sonnabend: Schlacht-Fest.

Musenhalle
Einziges Varieté u. Volks-Theater des Westens.

Täglich 8.10 Uhr: **Franks Burlesken**
Heute neues Programm. Mit großem Beifall aufgenommen!
Wem gehört das Kind? Urkomische Burleske.
In Zivil. Militärschwank.
Und der vorzügliche Solistenteil.

Sonntags 3 Vorstellungen.
Nachmittags 1 Kind in Begleitung der Eltern fr. 1!

Sonntags
und
Montags **im Ballsaal.** Die neuesten
Walzerschlager

Bauern-Schänke

Kreuzstrasse 11, gegenüber dem Rathaus. [K4]

Täglich Umzug von: Kalkulatorseh in de Boomblut.

Nun eröffnet! Garderobenhaus
Marienstr. 10, I. Et.
Dresden-A., Haus neben dem Rathaus.

Es empfiehlt sich, ehe Sie Ihren Bedarf an Garderobe bedienen, unser großes Lager zu besichtigen. Sie erhalten Maßanzüge von 7 M. an, getragene Paletots und Wäller vom 6 M. an, eins. Hosen, Jackets vom 2 M. an, Tropfen, Gummimäntel und Wetterpelerinen. — Neue herren- und Knaben-Anzüge von 9 M. an. Gehrock, Frack u. Smolling-Anzüge billiger. — Neue Schuhe für Herren, Damen u. Kinder zu :::: stounend billigen Preisen.

Hur Marienstr. 10, I. Et.
Dresden-A. [A 84]

Ganz wenig getrag.
und neue Herren-

Anzüge
Ueberzieher, einzelne
Jaketts, Hosen sowie
Gelegenheitskäufe
in neuen und getragenen
Herren- und Damen-
Schuhen
Kreuzstr. 7, I. Etg.

Teppiche 9/12/1919

mit kleinen Webfehlern für die
Hälfte des Preises

Starer, Dresden
Grunauer Strasse 22, I. Etg.

Klappwagen



spottbillig.

Steinhart
Lützow, Kesselsdorfer Str. 2.

Mein Geschäftsprinzip:
kleine Speisen! [A 170]
billige Preise!
Keine Zugaben,
noch Fahrvergütung!

Männer-

Hemden in Sardient 1.00—2.50
do. , Normal 1.00—4.00
do. , weiß .. 1.10—2.50

Unterhosen 1.00—4.00

Unterjacken 0.90—2.50

Aermelwesten .. 2.00—9.00

Socken 0.25—1.50

do. Sandgestreift ... 1.20

Ernst Klaar
Siliengasse 26, part. u. 1. Etage.
Opposite Seidenkunstschule.

Auf

Kredit!

[A 31]

Möbel

Damen-Konfektion

Mittel	} von
Kostüm	
Bestickte	5 M.
Blusen	

Anz. an

von

45 Mark

Anzahlung an:

1 engl. Schlafzimmer,
kompl., hell, oder 1 Herren-
zimmer in hell oder dunkel,
1 Salon mit Plüsch-
Garnitur
— Garnitur —
1 Speise-
zimmer

**Wochenliche
Abzahlung 1 M.**

Schuhwaren
für Herren u. Damen

Rabattenanzüge
von 3 Anzahlg. an

Anzüge

Serie I von 4 M. Anz. an
 Serie II von 6 M. Anz. an
 Serie III von 8 M. Anz. an
 Serie IV von 10 M. Anz. an bei 1 wechl.
 Abzlg.

Paletots, Ulster

Serie I von 5 M. Anz. an
 Serie II von 7 M. Anz. an
 Serie III von 9 M. Anz. an
 Serie IV von 12 M. Anz. an bei 1 wechl.
 Abzlg.

Wilh. Ritter & Co.

Postplatz :: Stadtwaldschlösschen, 1. und 2. Etage

Neue Bewirtung!
Best. z. Preischütz
Konkordienstraße 28
Leipzig, Vorstadt-Pieschen
Unterzeichnet empfiehlt seine
Sofialitäten nebst neuveröffentlichter
Stegelbahn einer genügten Be-
achtung Hochachtungsvoll
Max Koch nebst Frau.

Aeptel
Getrocknete Pflaumen
empfiehlt billig [B 645]
Obsttähn, Terrassenfufer.

Herren
und
Damen kaufen
Garderobe
wie "guttigende" Anzüge,
Mäntel, elegante Röcke,
Jadetiss usw. auch
Herstellung nach Maß
Teilzahlung
gestattet bei [L 1024]

H. Looss, Liliengasse 13
Röde Annenkirche. Tel. 18912

Wer liebt
ein gartes, reines Gesicht, rosiges
jugendfrisches Aussehen u. blendend
schönen Teint, den gebrauche
Steckenpferd-Seife
(die beste Milchseife)
à Stück 50 Pf. Die Wirkung erhöht
Dada - Cream
welches rote u. rissige Haut weiß u.
kammelweich macht. Tube 50 Pf. bei
Bergmann & Co., König-Johann-Str.
Hermann Koch, Altmarkt 5
Walzel & Zeeb, Marienstraße 12
C. G. Klepperlein, Gravenstraße 9
L. Knüselmann, am See 56,
Reuß. Markt u. Schlossergasse 8
Max Hartig, Rosengr. 24 [L 286
Heinrich Otto, Unnenstraße 31/32
In Görlitz: Victoria-Drogerie
Drogerie zum weißen Kreuz.

Frauen- Tee !
abendl. Tafel 75 Pf.
Alle
Frauen - Artikel.
R. Freisleben
Postplatz.

Gärtner, Bettstücken, Sessel,
Kommodes, Bettläden, Weißtische,
Barberobe: alles von 18 R. 22.
Spiegel, Stühle, Klühe von 8 R.
Diverse Möbel in jeder Preis-
range. **Galeriestraße 11, L.**
Tel. 19122. — Bitte genau auf

Kaufhaus Julius Caspar

Hechtstrasse Dresden-Neustadt Rehefelder Strasse, Ecke Bürgerstrasse.

Nur noch einige Tage

dauert der durch die unvergleichlich billigen Preise populär gewordene

[A 170]

Reklame-Verkauf.

Große Möbel-Ausstellung in zwei Etagen

Per später gekaufte Möbel werden kostenlose Aufbewahrung.

Möbel

1 Zimmer Mk. 65.— Anzahlung 6.—
1 Zimmer Mk. 98.— Anzahlung 8.—
2 Zimmer Mk. 165.— Anzahlung 16.—
3 Zimmer Mk. 260.— Anzahlung 25.—

Einzel-Möbel
Schränke, Vertikos, Trumeaus,
Spiegel, Diwane, Schreibtische,
Küchenschränke etc.
Anzahlung von Mk. 3.— an

Anzüge

Serie I Mk. 16.— Anzahlung 4.— an
Serie II Mk. 24.— Anzahlung 6.— an
Serie III Mk. 32.— Anzahlung 8.— an
Serie IV Mk. 42.— Anzahlung 10.— an

Paletots

Serie I Anzahlung Mk. 5.— an
Serie II Anzahlung Mk. 8.— an
Serie III Anzahlung Mk. 12.— an

Hervorragende Neuheiten in Herren- u. Damengarderobe

Damen-Konfektion
Kostüme, Röcke, Jackets
Mäntel, Blusen etc. von Mk. 3.— Anzahlung an

Das Neueste!
was die Mode bringt!

REICH

Ist bei mir die Auswahl in von Herrschäften getragenen Herrenkleidern u. 7 M. an, sowie neuen von 12 M. an, eins. Jactett vor 2 M. an, Hosen u. 1,50 M. an sowie Westen. Kinder-Wandsticker-Anzüge u. Kinder-Paletots billig. Deshalb geht in die

W. Brücke. 5 Dresden-A.

B 868 Hier befindet großes Lager im Schuhwaren für Herren, Damen und Kinder. Braids und Gehörde werden billig verlaufen u. verliehen. Mod. Anzüge ein großer u. en detail. Lieberzieher. Ullster u. Zappen in großer Auswahl zu spottbaren Preisen. :: :: ::

REICH

Mod. Kinderwag. SR. 10, 21, 24 usw. Stapp-Sportwagen SR. 8, 9, 11 usw. Kinderbetten, eis., SR. 7, 8, 10, 11 usw. Trompetenstraße 17. Waffenlager.

Teppiche u. Gardinen Gardinen

gr. Kosten halbare Qualität, Meter von 30 Pf. bis 1 M.

Teppiche

von 4,50 bis 120 M.

Bettvorlagen und Felle

von 95 Pf. bis 6 M.

Chaiselongue - Decken

von 5 bis 30 M.

Portieren

Stellig. von 3 bis 15 M.

Tischdecken

in Tafel, Tisch u. Blätter

von 90 Pf. bis 15 M.

Sofa - Bezüge

der ganze Bezug u. 5 bis 20 M.

Schlaidecken

von 80 Pf. bis 8 M.

Steppdecken

von 3 bis 15 M.

Federn

Pf. von 90 Pf. bis 4,50 M.

Starer

Dresden-A. 99

Gruener Strasse 22

Nur 1 Etage.

S. OSSWALD

Dresden-A., Marienstrasse 12, I., II., III. Etage.

Katalog gratis und franko. im Hause von Weigel & Zeeh.

Katalog gratis und franko. [A 81]

Achtung, diese Woche billiger!
Rind-Rostfleisch . . . 75 u. 80 Pf.
Rind-Bratenfleisch . . . 90 u. 105 Pf.
Schweinefleisch, Banz . . . 80 Pf.
Schweinefleisch, Vordersteile 90 Pf.
Schweinefleisch, Ramm . . . 100 Pf.
Kalbfleisch, Vorderf. . . 80—85 Pf.
Gewürzt, zweierlei . . . 90 Pf.
Spez. und Schmack . . . 80 Pf.
Draufschlachte Wurst . . . 100 Pf.
Emil Seidel, Dresden-Löbtau
Germaniastr. 2. [B 851]



10 Jahre Garantie!
Trabant - Fahrräder
In Qualität überwältig!
Eleganter Bau! Leichter Lauf!
Komplettes neues Fahrrad
mit Garantie. Pneumatik von
M. 38,70 an.
Trabant-Räder M. 55, 60, 75, 80.
Ganzmantel von M. 1,50 an
Luftschlauch von M. 1,40 an
mit Jahres-Garantie:
Ganzmantel . . . nur M. 4,50
Luftschlauch . . . nur M. 3,20
Original-Continental- u. Dunlop-
Pneumatik's, viele Qualitäten.
Metall-Elaternen v. M. 1,45
Metall-Elaternen von 60 Pf. an
Fahrradspeichen v. 90 Pf. an
Pebale Koax von 95 Pf. an
Schwämme Garn. v. 65 Pf.
Gummipolen . . . von 47 Pf. an
Gänseblümchen-Bedarfsartikel
Verlangen Sie tollenlos meinen
reich illustrierten Katalog!
Ludwig Philippssch. Dresden
Hauptgeschäft (Habichtsgäßchen):
Lippergasse 79 (Sternchen)
Stadt-Verkaufsstelle:
Scheffelstraße 28, I.
Reparaturen prompt u. billig.

Kaufhaus für Herren-Garderoben G.m.b.H.

Dresden Pragerstr. 26
nur Laden.



MONATSGARDEROBE

pa. Maßarbeit, von feinsten Herrschaften wenig getragen

Mk. 10.—, 12.—, 15.—, 18.—, 22.— usw.

Eigene Anfertigung neuer Garderobe

Verleihung eleganter Gesellschafts-Anzüge von Mk. 3.— an

Freie Fahrt (bis 75 Kilometer) hin und zurück.

Die Deckungsvorlage im Reichstage.

186. Sitzung. Donnerstag, den 10. April 1913,
nachmittags 1 Uhr.
Im Bundesstaat: Röhn, v. Seehmann Hollweg,
Dr. Delbrück, Böse.

Eine Entschuldigung.

Bes. Militärbevollmächtigter Generalmajor Wenninger: Ich bitte, Ihnen eine Erklärung abgeben zu dürfen, die ich am liebsten Ihnen gestern vorgebracht hätte. Leider wurde ich durch den Schluß der Sitzung überstellt. Mit meinen gestellten Bemerkungen wollte ich lediglich der Meinung Ausdruck geben, daß ich das Werk und die Stärke der von dem Abg. Haussler an Erklärungen unseres Heeres geführten Kritik bedauere. Es hat mir aber durchaus ferngelegen, ganz allgemein das Recht des Abgeordneten auf Kritik irgendwie anzusteuern. Dessen ist es mir völlig ferngelegen, mit meinen Bemerkungen hier im Hause der Freiheit des Herrn Abg. Haussler in seiner Stellung außerhalb des hohen Hauses irgendwie nachzutreten. Ich bedauere, wenn meinen Worten von gestern eine andere Bedeutung beigelegt wurde oder würde. (Beifall.)

Abg. Spahn (B): Die Wahrheit der Freiheit und Würde des Hauses und der Freiheit eines eingelassenen Abgeordneten ist Sach des Herrn Präsidenten. Ich möchte aber doch zu den Ausführungen, die gestern der General Wenninger gemacht hat, noch folgendes erklären: Der Herr General Wenninger hat zunächst den Abgeordneten nach seiner Stellung im Privatleben bestimmt und als der Präsident dies als ungewöhnlich bestreitet, hat er ihn als Abgeordneten bezeichnet und daran die Beweisführung geknüpft, er habe die Bezeichnung General aus eigener Wohlstandsfreiheit gebraucht und es sei ihm nun mehr angenehm, diese Bezeichnung nicht mehr brauchen zu dürfen. Darin liegt doch eine Miachtung des Abgeordneten. Ich bitte den Herrn Präsidenten, das Stenogramm einzusehen und sich darüber schriftlich zu vernehmen, ob er diese Bezeichnung, wenn sie von einem Abgeordneten gegen einen anderen Abgeordneten gebraucht werden würde, hätte hingehen lassen.

Vizepräsident Doe: Ich habe das Wort „Wohlstandsfreiheit“ gestern überhings gehört, habe aber angenommen, daß der Herr Vizepräsident im Bundesrat damit hat bestrebt, ausdrücklich zu wollen, was er heute erklärt hat, daß er diesen Ausdruck nicht in beleidigender Absicht gebraucht habe. Denn das der Ausdruck „Abgeordneter“ für einen Abgeordneten der wohlstandsfreie ist, darüber dürfte wohl im Hause kein Zweifel sein. (Heiterkeit.)

Der übrigen muß ich erläutern, daß bei dem Vater, der im Hause herrsche, es mir nicht klar geworden ist, daß etwas gesagt sein sollte mit dem Ausdruck General eine Bezeichnung gegeben, die der Herr Vizepräsident im Bundesrat nicht mehr zu brauchen vorsiehe, weil er darin etwas Übereinstimmung mit dem Abg. Haussler sagen wolle. Ich glaube nach den Erklärungen des Vizepräsidenten im Bundesrat, daß diese Ansicht nicht begründet sei. Es ist aber zu lächerlich zu verstehen, daß der Herr Vizepräsident im Bundesrat dieses nodusmaß andeutlicht erklärt, denn ich möchte doch vorziehen, daß wie diesen Gegenstand noch heute verlassen.

Bayerischer Militärbevollmächtigter Generalmajor Wenninger: Ich bin auf Wunsch des Herrn Präsidenten sehr gern bereit, zu erklären, daß die Entschuldigung, die ich hier vorgebracht habe, und die wohl im ganzen Hause als durchaus loyal empfunden wurde (Sehr richtig!), auch diesen Fall, der mir sehr wohl in Erinnerung war, mit einbezogen hat. (Beifall.)

Hierauf wird die

Beratung der Deckungsvorlagen

fortgesetzt.

Abg. Dr. Göbel (Soz.):

Schon ich zu meinem Thema überlege, will ich wenigstens mit zwei Worten die gestrige Ausschüttung des Reichstagsanzugs kreisen. Er hat sich bezüglich seines ersten Rechts über das Verhältnis von Slawentum und Germanentum bei mir verstanden worden, er habe nur Übertragungen des Slawentumus treffen wollen, nicht aber in den Kreis seiner Erörterungen einen etwaigen Kampf des Slawentums und Germanentums gesogen. Er schien seine eigene Rechte vom 7. April nicht genau im Gedächtnis gehabt zu haben. Er sagte damals, solle es einmal zu einer europäischen Konfliktausbreitung kommen, die Slawen und Germanen gegenüberstellen, so ist es für die Germanen ein Rachezeit, daß die Stelle des Thürlei auf den Balkan von Slawiden und Völker eingenommen wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vorwärts ergös sich klar, daß der Reichstagsanzug unter vollständiger Verkenntnis der Tatsache, daß Österreich zu drei Vierteln ein slawischer Staat ist, mit der Möglichkeit eines Kampfes zwischen Slawen und Germanen gerechnet hat. Wir empfinden Kenntniss über den reichen Süden und erkennen gern an, daß er seinen Verlust revidiert hat, vielleicht wird ihm das auch zu einer Revision seiner polenpolitischen Führer führen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ich wende mich nun zu den Deckungsvorschlägen. Ich kann vorausschließen, daß die gestrige einleitende Rede des Reichstagschefs für vollständig von den Ausführungen des Reichstagsanzugs und des Kriegsministers zur Deckungsvorlage unterschiedlich, nämlich der preußische Kriegsminister hat denn doch einen zu weit gehenden einen zu verdeckenderen Gebrauch von dem Rechte gemacht, noch einmal den Rechtsweis zu führen, daß das Wort des alten Organisators (Weiß: Du denn nicht, mein Sohn, mir wie wenig Gerüste bis jetzt regiert wird?) auch heute noch gilt. Der Reichstagschef berührte sich um den Ratsherrn, daß die Deckungsvorlagen sich in das System unserer Finanzanlagen einfügen und daß die geforderten Wehrmachtszwecke vom Hause wohl aufgebracht werden könnten, zumal mindestens der größte Teil durch Wehrmachtszwecke aufgebaut werden soll. Denn das sich das

Gesamtwirtschaft des Steuervermögens

nicht in den Rahmen unserer Finanzen einfügen, darüber kann ganz sicher kein Zweifel sein. Über die Vorlagen sind auch durchaus nicht so der Wehrmachtszweck des Hause angepaßt, wie ich Schröder und Böse glauben machen will. Auch der Reichstagsanzug hat am 7. April behauptet, daß deutsche Volk sei wohl in der Lage, die ihm angedrohten außerordentlichen Belastungen aufzubringen. Die Worte, die wir zu hören haben, seien von Jahr zu Jahr geblieben, trug der großen Rüstungsausgaben bei niemals ein Zeitpunkt gewesen, wo wir wirtschaftlich so stark gewesen seien wie jetzt, so leistungsfähig in der Erfüllung der Aufgaben der sozialen und kulturellen Entwicklung, und wo die Verhinderung des Einzelnen so hoch gesiegen wäre. Er sage hingegen, da Weltgerichtsmaut und

sein Volk, daß an Rüstungen zugrunde gegangen sei, wohl aber solche, die zugrunde gegangen seien, weil sie über Wohlleben und Augus die Wehrmachtszweck vernachlässigt haben.

Gewiß, die wirtschaftlichen Werte sind gestiegen, auch die Lebensbedeutung weiter Kreise des Volkes ist gestiegen und es wäre sehr bedauerlich, wenn es nicht so wäre, wenn der jahrelange Kampf der Gewerkschaften es nicht erreicht hätte, daß auch Gewerkschaften der Arbeiter an diesem Aufstieg teilgenommen haben. Aber die Steigerung des Vermögens und Einkommens ist so ungleich gewesen, daß die eigentliche Krise nicht abgesehen, wenn es nicht so wäre, und sie hat so ungleich angenommen, daß der Stand auf sich selbst bestand und er wahl bei den Sozialdemokraten.)

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tief-

gründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Deckungsvorlage muß natürlich von tiefgründendem Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie sein, denn damals haben die Schenckendorff und Böse gerade so als Sozialdemokraten als solche zu bezeichnet werden. (Sehr richtig

der Heeresvermehrung auf die Schultern der Bevölkerung zu legen. Das hat die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstags durchaus eines Einiges mit der sozialdemokratischen Fraktion der französischen Deputiertenkammer in ihrem internationalen Bündnis vom 1. März 1913 klar und deutlich ausgeschlossen. Wenn unter Kampf gegen die Heeresvorlage, den wir nicht führen, weil wir Volksende wünschen, das das Vaterland wehlos fallen wollten, sondern weil wir das jegliche System des Heerwesens für falsch und ungünstig halten, wenn uns dieser Kampf nicht gelingt, dann werden wir wenigstens dafür sorgen, dass die Kosten dieser Vorlage auf die Schultern der Tragenden, des Weltbürgers gelegt werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn man sich nun die Vorlage ansieht, die keineswegs unserer Wünsche entspricht, anders ist sie dann doch wie die von 1908/09. Damals war all unser Widerstand vergeblich. Hier, Tobal, stelle, Zeichnungen wirkt, wurden beweisen, der klare Gedanke an eine Weltbürgerschaft auf der rechten Seite des Hauses Wahrheit vorher, die Triumvir Seiner Majestät waren es, die damals aus Furcht vor der Weltbürgerschaft einen Vertrauensmann der Krone zur

Stützpunkts Preisgabe seines Amtes

gewangen. Damals standigte Herr v. Oldenburg-Jannaschau es an, er werde es jedesmal wieder so machen, damit nicht der aus dem demokratischen Wahlrecht hervorgegangene Reichstag jemals die Befreiung über das Portemonnaie der Bevölkerung erhalten könnte. Damals fiel die Anerkennung Herold's in Dresden, worin der starke Willke angekündigt wurde, gegen jede Besteuerung des Vermögens für Zeit und Ewigkeit Front zu machen. Was hat denn der Wandel herbeigeführt, namentlich auch der Regierung, die sich doch ihrem (noch rechten) damaligen Wunsche gefügt hat, weil sie sonst nicht Regierung hätte werden können, was hat den Wandel herbeigeführt im Sinne des Reichskanzlers, der sein Amt nicht hätte annehmen können, wenn er nicht auf dem Standpunkt der damaligen Mehrheit gestanden hätte, denn er war ja der erste Gehilfe Billows gewesen, den Sie (noch rechts) in die Würde geschickt hatten, hatte mitgesprochen für die damalige Reichsbesteuerung, für die Weltbürgerschaft. Wie hätte er dies Amt annehmen können, das Billow auf die Welt verließ, wenn er nicht anderen Sinnes geworden war, und wenn er nicht damals ihre Gedanken zu seinem Gedanken gemacht hätte, was hat denn inzwischen diesen neuen Wandel nun wieder verlogen, was hat in ihm den Gedanken eingespielen lassen — wahrscheinlich doch auch schon seit November 1912 (Heiterkeit) — nunmehr wenigstens den Verdacht einer Weltbürgerschaft dem Reichstag vorgeschlagen? Ja, das waren eben die Wahlen, die das wissen liegen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Volk hat mit den harten Gesetzen abgerechnet, die ihm die Lust von 1909 aufgezogenen hatten, und wenn wie eine gerechte Wahlkreiseinteilung dämmert, und wenn nicht der Reichskanzler als Ministerpräsident in Preußen die Einlösung des königlichen Versprechens der Wahlreform fürt auf die leichte Schul genommen hätte, glauben Sie nicht, dass die Sinnänderung des Kanzlers noch viel weiter gegangen wäre? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Man fragt, die Vorlage beweist den Opfermut der Freuden. Sicher hat sich ja dieser Opfermut in der deutschen Finanzgeschichte noch nicht offenbart. Hebrigens, wenn er vorhanden wäre, worum zeigt er sich nicht deutlich? Der Reichskanzler, der die Reichsfinanzen erwidert, freiwillige Wehrte von 100 M. dankend in Empfang zu nehmen, er würde sicher nicht jagen, die Erniedrigung zu erheben, die freiwillige Spende von einer Milliarde Mark entgegenzunehmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dann brauchen wir diese Vorlage gar nicht. Wenn es in der Begründung der Vorlage heißt, dass es nicht unbillig erscheint, wenn man die Reichen heranholt, zum Opfer dessen, was sie besitzen, so entspricht das ganz unseren Ansprüchen. Wir werden nicht verfehlten, diese klare Stelle aus der Begründung der Vorlage in unserer Agitation auszunutzen. Bei der Beurteilung der Vorlage darf man nicht übersehen, dass wir in den letzten Jahren Hochkonjunktur gehabt haben, die sich in unseren industriellen Steuern und Zöllen sehr deutlich ausgedrückt hat, wie hatten infolgedessen große eigene Reichseinnahmen. Aber es mehren sich die Zeichen, dass die Hochkonjunktur ihrem Ende sich annährt. Daus der vom Herrn Kriegsminister so unzweideutig ausgegebenen Unfähigkeit unserer Diplomatie sind wir ja seit Jahren nicht mehr aus der Unzufriedenheit im gewerblichen Leben herausgekommen, es kann noch namentlich auf dem Geldmarkt Zustände entstehen, die kaum noch erträglich sind. Ein Großindustrieller, der 7000 Arbeiter und Beamte beschäftigt, sagt mir, dass ihm heute die Auflösung der wöchentlichen Rentkasse von 290—300 000 M. mehr kostet als er erbringen möchte als vor einigen Jahren die Auflösung einer Obligationssumme von Millionen oder die Übernahme eines noch so großen Auftrages, zu dem er fremdes Kapital hätte heranziehen müssen. (Hört! hört!) Das sind bedenkliche Zeichen, die uns lehren, dass es trügerisch ist, mit einer Fortsetzung dieser Hochkonjunktur und einem Weiterbestehen der jetzigen hohen eigenen Reichseinnahmen zu rechnen.

Die einmaligen Ausgaben, die gefordert werden, bestimmen sich auf 1055 Millionen Mark. Einen bändigen Nachweis der Notwendigkeit in hoher Auswendungen ist die Regierung schuldig geblieben, auch der Herr Schatzkanzler hat gesehen das Verhältnis nicht ergänzt. Es mutet absonderlich, um keinen anderen Ausdruck zu gebrauchen, an, wenn man in der Vorlage den Scheinkonservativen Genugtheit mühsam aufrecht erhalten sieht. Da findet man z. B. Ausgaben für die Luftflotte: 79 Millionen Mark, nicht 80, nicht 76 Millionen, mein ausgerechnet 79 Millionen Mark. Das erinnert an jene

Ausverkäufe,

wo mit groben Ziffern der Preis von 2 M. 95 Pf. angekündigt wird, um dadurch den Anhören ganz besonders genauer Kalkulation herzurufen. Diese peinliche Genugtheit in Einzelheiten lässt sich ab von dem vollkommenen Gedanken eines Finanzplanes über 1915 hinaus. Es ist vollständig unangängig, die folgenden Zahlen der Heeresvermehrung im wesentlichen auf die Zollsteuern aufzubauen, weil nämlich niemand die Gestaltung unserer Zölle beim Wiederabschluss von Handelsverträgen vorzusehen kann. Dafür ist ausschließlich das Kräfteverhältnis der politischen Parteien. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Erklärung der öffentlichen Meinung, die der Reichskanzler zugesagt, wird auch einmal so anzunehmen, dass sie die Zollmauern unwirkt, die heute Habsucht und Gewerbeschrieb gewisser Staaten der Bevölkerung um unser Deutsches Reich herumgelegt haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Also auch nur vornehmlich auf die Zölle so genannte Kosten aufzuziehen zu wollen, halte ich für eine durchaus verfehlte Finanzierungsmethode. Wir müssten den Finanzplan über 1915 hinaus ausspielen. Ganz stehen wir 1910 wieder vor der Notwendigkeit einer großen Finanzreform. Dem vorzubereuen ist nur möglich durch die Einführung direkter Reichssteuern, von denen ich vorzugsweise den Ausbau der Reichs-erbschaftssteuer im Auge habe, während andere mehr an einer Reichsvermögens- und Reichenkommenssteuer denken. Die ganze Entwicklung deutezt dahin. Die Geschichte unseres Reichsfinanzwesens ist die Geschichte gebrochener Versprechen, aber durch alle Experimente, namentlich auch mit den Matrikelabstriben, durch die Erfahrung der Besteuerung der Erbschaften hindurch zieht sich doch der große Gedanke, der schon im Artikel 70 der Reichsverfassung klar ausgeschrieben ist, als der ursprüngliche Wille der Schöpfer der Reichsverfassung, der Gedanke der Einführung direkter Reichssteuern. Diese Versprechungen fanden ihre Erfüllung in den Beschlüssen der Reichstagsabstimmung vom 14. Juni 1912 über die Einführung einer Weltbürgerschaft. Ich habe mich damals sofort dagegen verwahrt, doch irgendwelche Zweideutigkeit mit dem Begriff der Weltbürgerschaft verbunden bleiben dürfte. Und auch der nationalliberale Abg. Roland Küde hat damals ausdrücklich betont, dass auch für seine

Reaktion als Weltbürgerschaft nur eine Erbschafts- und eine Vermögenssteuer in Betracht kommen könne. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun will ich anerkennen, dass der Reichschaussekretär gestern ausgestanden hat, dass die jetzige Vorlage nicht als eine Erledigung des Weltbürgerschaftsvertrages von 1912 anzusehen sei. Der Schluss des Reichstages besteht also weiter. Der Bundesrat ist diesem Reichstagsbeschluss beigetreten und hat am 2. April eine Vorlage über die Generierung des Weltbürgerschaftsvertrages vorzunehmen. Bissher, sagt der Schatzkanzler, ist diese Vorlage nicht getragen. Ich halte des Augenblicks, wo die Verbündeten Regierungen und die Weltbürgerschaft vorlegen werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In seiner langjährigen Weise hat der Staatssekretär auch angegeben, dass man auf gewissen Seiten des Hauses den Wehrbeitrag als eine Art Abfindung, eine

Kämpfen, wo sie Menschen betreffen, die nicht unmittelbar in unserer Sphäre stehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nun sage ich, dass der Schatzkanzler, die Progression habe man vermieden, um den ganzen Aufbau des Staates so einfach wie möglich zu machen. Es ist ein viel zu kluger Finanzmann, um das selbst zu glauben, und braucht sich von mir erst nach sagen zu lassen, dass es einfach eine Frage der Veranlagung ist, dass wenn ich vertragt habe, ich darauf jeden beliebigen Staat nach anbringen kann. Wenn die Progression sucht man zu vermeiden und kann sie vor den Balkan führen, vor den Kapitalisten der höheren Grade, deren Opfermut dann auf eine recht harte Probe gestellt würde. Das war sicher die eigentliche Ursache, warum man von der Progression der Einfachheit wegen abgehen hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Bei der Kritik des vorgeschlagenen Veranlagung des Wertes der Land- und forstwirtschaftlichen Grundherrschaft könnte ich mich auf Struys Sätze, der dabei Worte gefunden hat, die, wenn er sie unter dem Präsidenten des Herrn Klemm ausdrücken würde, ihm zweifellos eine Rüge zugleichen würde. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das ist nicht die Ansicht der Mehrheit dieses Reichstags, und war nicht die Ansicht der Mehrheit von 1912. Die Deduktion vorlage wird nicht ohne eine allgemeine direkte Besteuerung des Vermögens in erster Linie in Form der Ausdehnung der Erbschaftssteuer, bestehen. Ich würde erst noch ab, ob auch nur ein Teil dieser Mehrheit wagen kann, von dem damaligen Reichsabschlusse abzubrechen. Wenn man den Worten Bassemanns in Hannover traumen kann, besteht nicht die geringe Besteuerung, die Nationalliberalen hoffnungslosigkeit werden würden. Unter dem dominierenden Verfall seiner Partei freudet hat Herr Bassemann ausdrücklich gefragt, dass seine Partei an der Einführung einer direkten Weltbürgerschaft scheiterte. Demnach ist die Wehrheit bestrebt vorhanden und ich bin berechtigt, zu sagen: Die Deduktion vorlage werden nicht verhindert werden, es sei denn, dass sie ergänzt wird durch die Einführung einer direkten Besteuerung des Vermögens in Form einer Erbschaftssteuer in erster Linie oder eine Vermögens- und Einkommenssteuer.

Bereinigung dieses Wehrbeitrages beschlossen werden. Aber vielleicht findet sich dafür keine Mehrheit. Denfalls aber muss die Verteilung auf 3 oder 4 Jahre beschlossen werden, schon weil der Ertrag gar nicht voranschreibt ist, und weil gar nichts davon liegen kann, der Regierung einen Gelder in den Schatz zu werben, für die vorläufig noch der Verwendungswert fehlt, der aber von ihr bald gefunden werden würde. Die Schaffung der Nebenabgaben gemacht werden, müssten sie zunächst verlangt werden zur Verstärkung der Rüstungsindustrie, vor allem, damit die ewige Kriegsfabrik durch die heute an der Rüstungsindustrie interessierten Privatleute aus der Welt geschafft wird. Wir haben hier zum ersten Male eine Weltbürgerschaft, daher können wir den Ertrag auch ausdehnen und in das Reich hineinbringen, dass die Rüstungsfabriken aus der Welt verschwinden. Glauben Sie nicht, dass das eine scheinbare Sache sei. Zwei Merkmale hat diese Industrie, das Merkmal der Nobilität und das andere, das sie durchaus international Marquis, Grafen, Barone, viele Kreise der Offiziere, Zeitungen, Werber, aber auch in Deutschland ist ein großer Teil des Adels an den kolossalen Profiten dieser Industrie beteiligt. Die Deutschen Waffenfabriken geben 32 Prozent Dividende. (Hört! hört!) Sie haben ihre Anlagen bis auf 1 M. heruntergebracht. (Hört! hört!) Was Wunder, dass da die Besitzer dieser Werke immer treiben und treiben zu neuen Rüstungen, die neue Profite ihnen zu verschaffen. Aber nicht nur außerordentlich einflussreiche Leute sind an dieser Industrie beteiligt. Wir bezahlen den größten Teil der deutschen Panzerplatten aus der Düsseldorfer Hütte. In dieser Hütte sind vorwiegend französische Kapitalisten beteiligt, die Geschäftspraxis in der Generalverwaltung ist die französische. (Hört! hört!) Im Aufsichtsrat sitzt Herr Konrad v. Schubert, der Schwiegersohn des Königs. Zum preußischen Generalleutnant z. D. Dieser Herr mit den französischen Herren zusammen die Profite der deutschen Panzerplatten ausstotternd — dies Bild möchten wir der Zukunft ersparen, indem wir die Rüstungsindustrie verstaatlichen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Grundlage für die Veranlagung des Vermögens zum Wehrbeitrag müssen durch das Reich festgelegt werden. Eine Organisation hierzu läuft sich ebenso gut schaffen wie für das Reichsheer, die Reichszolle und andere Einrichtungen.

Die Waffen sind in der Vorlage nicht erwähnt und deshalb fund sind, es sei denn. Man kann es nicht gutheißen, dass die Begründung sagt, es sei

ein besonderes Gnaden- und Jubiläumsgebot, wenn die Fürsten jetzt mitstreuen wollen. Ihr Millionen- und Milliardenvermögen kann man nicht freilaufen. (Burk: Und wenn Sie abwählen?) Herr Kollege, das wäre ein Gedanke (Große Heiterkeit), darüber liege sich reden. Das geforderte Opfer vor einer Milliarde stellt man als etwas außerordentliches hin, aber das deutsche Volk zählt seit 1900 jährlich eine Milliarde für den Rüstungswucher und soll nach dem Wunsche der Rechten in alle Ewigkeit weiter zahlen. Das Opfer der Bevölkerung kommt also nicht unverhältnismäßig. Natürlich überträgt mich das nicht der Rottendigkeit, Kritik an Einzelheiten zu üben. — Den Weg der Kritik hat der Staatssekretär gestern mit Recht abgelehnt. Nach dem schriftlichen Maßnahmen der letzten preußischen Anleihe wäre das ja Vernünftigkeit gewesen. Eine Dividende auf dem Anleihemarkt wäre nicht zu vermeiden gewesen. Aber damit ist nicht gelöst, dass die Entzettelung zu hohen Verträge, wie sie der Wehrbeitrag vorsieht, aus unserer Volkswirtschaft etwa unbedeutend wäre. Es kann in der Folge zu Überschüssen, zu großer Arbeitslosigkeit kommen, mit dann sind in letzter Linie wieder die Arbeitnehmer diejenigen, die darunter zu leiden haben. Glauben Sie nicht, dass die Abwältigungsmöglichkeit so gering ist. Wenn jemand hunderttausend Mark Vermögen hat und 500 M. Wehrbeitrag bezahlt soll, das er jetzt zu Proz. ausgeliehen hat, so ist es ihm heute möglich, wenigstens für die Hälfte davon einen höheren Zins zu erzielen, der ihm in zwei, drei Jahren reichlich das einbringen würde, was ihm der Wehrbeitrag genommen hat. Dann hat er die 500 M. nur ausbezahlt, bezahlen müssen sie die Witter der Häuser, auf denen diese Hypotheken lasten. Auch sonst steht den Arbeitern selbst bei dem Wehrbeitrag eine Belastung bevor. Zweitelloser werden die in die Kästen geogenen aus der Volkswirtschaft herausgenommenen 130 000 Arbeitskräfte durch slawische Wanderarbeiter ersetzt werden. Das sind gewiss durchaus gleichberechtigte Menschen, aber bei ihrer außergewöhnlich niedrigen Lebenshaltung bedeutet sie mir einmal eine dauernde Verdröhung der Lebenshaltung unserer deutschen Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So, wie der Wehrbeitrag von den Verbündeten Regierungen vorgeschlagen ist, zeigt er übrigens eine

brutale Rücksichtlosigkeit

namentlich gegen den Mittelstand. Führt er auf der einen Seite mit unvergleichlicher Verdröhung die kleinen Vermögen an, so verhindert er andererseits die Progression zu Kosten der Dienstvermögen, und ebenso ist auffallend die Kritik.

Präsident Dr. Raempf: Ich möchte bitten, dass Sie den Ausdruck „Verdröhung“ von Regierungsmahnahmen nicht gebrauchen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Südelius (fortfahrend):

Ich halte des Augenblicks, wo die Vertreter anderer Parteien einen milderen Ausdruck, der sich mit der parlamentarischen Ordnung verträgt, hier produzieren werden, um die Rücksichtlosigkeit zu kennzeichnen, die gegen den Mittelstand in der jetzigen Rüstung des Wehrbeitrages enthalten ist. Schließlich ist es ja in der Tat nicht unsere Aufgabe, die beständigen Ausdrücke zu suchen, gerade wenn es sich um die Befreiung des Mittelstandes handelt, den Sie (noch rechts) ja doch der besondere Schätzling nennen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die neue Reform brachte eine neue Belastung. Diesmal hat man überhaupt keinen Finanzplan, der es ermöglicht, getrostes Wutes in die Zukunft zu sehen. Noch fehlt der Schatzkanzler, ob es gelungen ist, den Finanzplan so zu gestalten, wie es die zwingende Notwendigkeit erfordert. So wie die Dinge liegen, kann eben nicht ein Schatzkanzler ein Reformer der Finanzen sein, sondern nur eine Koalition der Parteien, nur die Waffen- und Finanzierer Schwierigkeiten ihrer Herren errungen. Auch wir müssen die Zeiten der schweren Opfer denken zur Errichtung von Freiheiten. Dann kann aus den toten Häden dieser Vorlage blühendes und reiche fruchtbare Leben sprechen. (Lebhafte anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Raempf: Sie haben präzise die Wahlen hinterfragt. Die Rechte der Kinderarmen vorgetragen: Das stimmt. Ich rufe Sie dafür zur Ordnung.

Abg. Speck (D): Nach der Finanzreform von 1900 glaubten wir mit den Steuern in einem Beharrungszustand angelommen zu sein, und jetzt haben wir schon wieder gewisse Steuerverordnungen zu beraten. Der Vorredner freilich scheint sehr begeistert zu sein. (Heiterkeit) er will noch über die Vorlage hinaus Leistungsbewilligungen. Leider mussen wir die Herrenvorlage genau prüfen; denn wir sind nicht gewillt, zunächst die Herrenvorlage zu befürworten und die Deklaration durchzuführen. Wir werden keine Ausgabe ohne vorbereitige Deklaration bewilligen. Das die Deklaration nicht durch Belastung der breiten Massen geschaffen kann, war uns selbstverständlich. Der Gedanke des einmaligen Wehrbeitrages ist in Sachverständigenkreisen sehr populär. Dort wird sogar der Gedanke propagiert, mit diesem Etat des Columbus die Reichsfinanzen aufzurichten. (Heiterkeit) Sollten sich Überzeugungen ergeben, so können sie in der Tat zur Schuldenentlastung verwendet werden. Allmählich ist aber eine Erwähnung gegenüber dem Gedanken

